

T A G E S O R D N U N G

Ö F F E N T L I C H

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bedanke mich auch wieder für die Vorarbeiten durch die Klubobleute, was wir gemeinsam abstimmen können und ich bitte Sie, da jetzt Obacht zu geben. Gemeinsam abgestimmt werden können Stück Nummer 1), 2), 3), 4), 8), 11), 12), 13), 15), 16), 18), 19), 20), 23) gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen, 28), vom Nachtrag Stück Nummer 2) gegen KPÖ und Grüne, vom Nachtragsstück 3), 4), das waren die gemeinsamen Stücke. Jetzt möchte ich Ihnen noch sagen, das Stück Nummer 7) Weiterführung und Erweiterung und Abänderung der elf Lernbetreuungen wird Berichterstatter Mag. Spath sein, das Stück Nummer 9) gehört noch einmal vorberaten im Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss, das Stück Nummer 10) ist abgesetzt, Stadion Graz Liebenau. Ebenso abgesetzt ist das Stück Nummer 21) Fischereirecht, das Stück Nummer 22) gehört ebenso vorberaten im Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss, detto das Stück 29) und 30) und das Stück Nummer 26) ist ebenso abgesetzt. Bei der 2. Nachtragstagesordnung ist bitte zu ergänzen als Stück der Informationsbericht Betreuung der Punks im öffentlichen Raum, Steigerung des Sicherheitsgefühls der Grazer BürgerInnen, Berichterstatterin wird bei diesem Stück, das schon im Ausschuss berichtet worden ist, Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl, also dieses Stück, das nur im Ausschuss bis jetzt war, kommt bitte nachträglich jetzt auf die Tagesordnung auch als Berichtsstück zum zweiten Nachtrag hin. Und die Berichterstattung für das erste Stück des zweiten Nachtrags, die Petition an den Landesgesetzgeber, wird der Herr Gemeinderat Hofrat Dr. Piffl-Percevic machen. Jetzt mache ich Ihnen den Vorschlag, dass der Finanz-, Voranschlagsausschuss jetzt gleich zusammentritt, dass wir mit dem Bericht vom Gemeinderat Mayr, das Stück Nummer 5), fortsetzen.

1) Präs. 12025/2003-2

Innovationspark Puch GesmbH,
Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat
- Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Herrn Dr. Rudolf Ebner wird von der Stadt Graz Herr Mag. Dr. Karl Kamper, Abteilungsvorstand der Mag.Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion, als Mitglied in den Aufsichtsrat der Innovationspark Puch GesmbH entsendet.

2) Präs. 3130/2004-2

Verkehrsverbund Steiermark, Vertretung
der Stadt Graz im Lenkungsausschuss;
Änderung der Zusammensetzung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In den Lenkungsausschuss des Verkehrsverbundes Steiermark – Großraum Graz wird von der Stadt Graz an Stelle von Herrn Dr. Rudolf Ebner Herr Mag. Dr. Karl Kamper, Abteilungsvorstand der Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion, als stimmberechtigtes Mitglied entsendet.

3) Präs. 13067/2003-5

Kuratorium zur Verwaltung des Grazer
Altstadterhaltungsfonds; Vertretung der
Stadt Graz - Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In das Kuratorium zur Verwaltung des Grazer Altstadterhaltungsfonds wird von der Stadt Graz an Stelle von Herrn Dr. Rudolf Ebner Herr Mag. Dr. Karl Kamper, Abteilungsvorstand der Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion, als Ersatzmitglied entsendet.

4) Präs. 11226/2003-10

Österreichischer Städtebund; Vertretung der Stadt Graz – Änderung

1. in der Finanzkommission;

2. im Begleitausschuss URBAN II Graz-West bezüglich

a) der Vertretung der Verwaltungsbehörde URBAN II Graz;

b) der Vertretung der Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion der Stadt Graz

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt werden nominiert

1) in der Finanzkommission des Städtebundes

anstelle von Herrn Dr. Rudolf Ebner Herr Mag. Dr. Karl Kamper, Abteilungsvorstand der Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion;

2) im Begleitausschuss URBAN II Graz - West

a) gemäß Pkt. 21 Abs. 1 a) der Geschäftsordnung des Begleitausschusses URBAN II Graz – West in Vertretung der Verwaltungsbehörde URBAN II Graz als Mitglied anstelle von Herrn Arch. Dipl.-Ing. Hansjörg Luser Abteilungsvorstand der Mag.-Abt. 10/7 – Amt für Stadtentwicklung und Stadterhaltung, Herr MMag. Alexander Ferstl, Mag.-Abt. 10/7 – Amt für Stadtentwicklung und Stadterhaltung, und

als Ersatzmitglied anstelle von Herrn MMag. Alexander Ferstl Herr DI Gerhard Ablasser, Mag.-Abt. 10/7 – Amt für Stadtentwicklung und Stadterhaltung;

b) gemäß Pkt. 2 Abs. 1 c) der Geschäftsordnung des Begleitausschusses URBAN II Graz – West in Vertretung der Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion der Stadt Graz

als Mitglied anstelle von Herrn Dr. Rudolf Ebner Frau Mag. Susanne Mlakar Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion, und

als Ersatzmitglied, anstelle von Frau Mag. Susanne Mlakar, Frau Mag. Anneliese Lässer, Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion.

8) A 8-K 337/1984-316

AEVG Abfall-, Entsorgungs- und VerwertungsGmbH; Richtlinien für die o. Generalversammlung gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, Stimmrechtsermächtigung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 24.6.2004 stattfindenden ordentlichen 19. Generalversammlung der AEVG Abfall- Entsorgungs- und VerwertungsGmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2003 und über die Zurkenntnisnahme des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2003
2. Beschlussfassung über die Zurkenntnisnahme des Konzernjahresabschlusses zum 31.12.2003 und über des Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2003
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses 2003
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2003.

11) A 8-K 1222/99-101

KIMUS Kindermuseum Graz GmbH Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz in der o. Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der KIMUS-Kindermuseum Graz GmbH, Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 1.7.2004 stattfindenden o. Generalversammlung der KIMUS-Kindermuseum Graz GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bericht der Geschäftsführung über den Gang der Geschäfte und der Lage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2003
3. Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2003
4. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2003
5. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses 2003
6. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführer
7. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2004
8. Entsendung in den Aufsichtsrat
9. Allfälliges

12) A 8-K 94/19912-641

Verkehrsverbund Großraum Graz;
Verlängerung der Vereinbarung samt
Zusatzvereinbarung über die
Finanzierung und den Betrieb der
Verbundlinie 62 (Westtangentiallinie) für
den Zeitraum 1.7.2004 – 31.12.2004 in
Höhe von € 526.400,-

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Die Verlängerung der Vereinbarung über die Finanzierung und den Betrieb der Verbundlinie 62 samt Zusatzvereinbarung, abzuschließen zwischen der Stadt Graz, der Grazer Stadtwerke AG-Verkehrsbetriebe, dem Land Steiermark und der Steirischen Verkehrsverbund GmbH für den Zeitraum von 1.7.2004 – 31.12.2004 wird genehmigt.

Der Mittelbedarf für ein halbes Jahr (2004) in Höhe von rd. € 526.400,- ist in der OG des Voranschlags 2004 gegeben.

13) A 8-K-94/1992-588

Verkehrsverbund Steiermark;
Rücküberweisung eines Fehlbetrages an
die Steirische Verkehrsverbund GmbH;
Kreditansatzverschiebung in der OG
2004 in Höhe von € 957.800,-

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der OG des Voranschlags 2004 wird die Fipos

1.69000.755000	„Lfd. Transfers an Unternehmungen, Verkehrsverbund“ um	€ 957.800,-
----------------	---	-------------

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.32300.755100	„Laufende Transfers an Unternehmungen“
----------------	--

um denselben Betrag gekürzt.

15) A 8/4-2717/2001

Verkauf einer ca. 300 m großen
Teilfläche des städtischen Gdst.Nr.
2280/1, KG Lend, gelegen an der
Überfuhrasse, durch die Stadt Graz an
die GBG, Grazer Bau- und
Grünlandsicherungsges.m.b.H, Kaufpreis
ca. € 45.000,-, Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI.Nr. 130/67 i.d.F. LGBI. 91/2002, beschließen:

- 1.) Der Verkauf einer ca. 300 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 2280/1, KG Lend durch die Stadt Graz an die GBG-GesmbH wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Der Kaufpreis beträgt € 150,-/m², somit ca. € 45.000,-, und ist im Sinne des § 4 der Vereinbarung an die Stadt Graz zu überweisen.
- 3.) Sämtliche mit dem Grunderwerb in Verbindung stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der GBG.GesmbH
- 4.) Die Vermessung und die Errichtung des grundbuchsfähigen Teilungsplanes erfolgt auf Kosten der Käuferin.
- 5.) Die Errichtung des Kaufvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das städt. Rechtsamt.
- 6.) Die Vereinnahmung des Kaufpreises von ca. € 45.000,- hat auf der VAST. 6.84000.001000 zu erfolgen.

16) A 8/4-50623/2004

Städt. Gst.Nr. 523/5, EZ 2330, KG Wetzelsdorf gelegen an der Schererstraße; Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit der Verlegung und des Betriebes einer Wasserversorgungsleitung inkl. Nebenanlagen zugunsten der Grazer Stadtwerke AG ab 1.7.2004 auf immer währende Zeit; Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Grazer Stadtwerke AG, Andreas-Hofer-Platz 15, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Duldung zur Verlegung, des Bestandes und

Betriebes einer Wasserversorgungsleitung inkl. Nebenanlagen auf dem städtischen Grundstück Nr. 523/5, EZ 2330, KG Wetzelsdorf, im beiliegenden Lageplan eingezeichnet, ab 1.7.2004 auf immer währende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

18) A 8/4-17939/2004

Städt.Gst.Nr. 1708/6, EZ 2060, KG 63104 Lend, gelegen am Lendkai, Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit der Verlegung und des Betriebes von unterirdischen Energie- und Datenleitungen (20-kV-Trasse) zugunsten der Energie Graz GmbH & CO KG ab 1.7.2004 auf immer währende Zeit; Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI.Nr. 130/67 i.d.F. LGBI. 91/2002, beschließen:

Der Energie Graz GmbH & Co KG, Schönaugürtel 65, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Duldung zur Verlegung, des Bestandes und Betriebes von unterirdischen 20 kV-Kabelleitungen (Energie-, Steuer-, Daten- und Messkabel) auf dem städtischen Grundstück Nr. 1708/6, EZ 2060, KG 63104 Lend, gelegen am Lendkai, im beiliegenden Lageplan rot eingezeichnet, ab 1.7.2004 auf immer währende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

19) A 8/4-5760/2002

1.) Städtische Liegenschaften Am Grünanger, Grundstücke Nr. 2/60, 2/67, 2/68, 2/74, 2/76 und 2/83, je KG Liebenau, im Gesamtausmaß von 6.244 m², Einräumung eines Baurechtes ab 1.6.2004 auf die Dauer von 55 Jahren zugunsten der ÖWG;

- 2.) Ausbücherung bzw. Übernahme von Flächen der städtischen Grundstücke Nr. 2/56, 2/62, 2/65, 2/70, 2/73, 2/79, 2/81 sowie Teilflächen der Gst.Nr. 2/6 und 3/6, je KG Liebenau, im Gesamtausmaß von ca. 3.800 m² gelegen am Gründnager, in das öffentliche Gut; Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1.) Der ÖWG wird das Baurecht auf den im beiliegenden Lageplan der A 10/6 – Stadtvermessungsamt eingezeichneten städt. Grundstücken Nr. 2/60, 2/67, 2/68, 2/74, 2/76 und 2/83, je KG Liebenau, im Gesamtausmaß von 6.244 m², gelegen Am Grünanger, ab 1.6.2004 auf die Dauer von 55 Jahren im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt. Der jährliche Bauzins beträgt unter der Berücksichtigung des Umstandes, dass im Gegenstand das Sonderprojekt „Grünanger“ verwirklicht werden soll, jährlich € 1,00. Nach Beendigung des Baurechtes gehen die Gebäude entschädigungslos in das Eigentum der Baurechtsgeberin Stadt Graz, über.
- 2.) Die Übernahme einer ca. 3.800 m² großen Fläche der städtischen Grundstücke Nr. 2/56, 2/62, 2/65, 2/70, 2/73, 2/79, 2/81 sowie Teilflächen der Gdst.Nr. 2/64 und 3/6, je KG Liebenau, im Sinne des beiliegenden Lageplanes, in das öffentliche Gut wird genehmigt.
- 3.) Die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Rechtsamt der Stadt Graz.

20) A 8/4-207/2001

Städtischer Grundbesitz in Zwaring, Zusammenlegungsverfahren, Agrarbezirksbehörde für Steiermark, Bescheid zur Zusammenlegung des städtischen Streubezirkes in der KG Zwaring, gemäß Stmk. Zusammenlegungsgesetzes 1982, LGBl.Nr. 82/1982 i.d.g.F. Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBL.Nr. 130/67 i.d.F. LGBL. 91/2002, beschließen:

- 1) Die Überlassung von 21.868 m² landwirtschaftlicher Flächen (Grst.Nr. 1159, 1163, 1164, 1141/1, 801, 802 und 803) in der KG Zwaring an die Zusammenlegungsgemeinschaft Zwaring (Agrarbezirksbehörde für Stmk) gegen eine 14.965 m² große Fläche (Grst.Nr. Neu 73) in der KG Zwaring gemäß beiliegenden Besitzstandsausweisen und des Bescheides der Agrarbezirksbehörde für Steiermark vom 1.12.2003, die einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses bilden, wird genehmigt.
- 2) Die Stadt Graz erhält einen Wertausgleich von € 15.910,- gemäß Niederschrift der Agrarbezirksbehörde.
- 3) Der Wertausgleich ist auf der VAST. 6.84000.001000 zu vereinnahmen.
- 4) Die mit der Zusammenlegung Zwaring in Verbindung stehenden Kosten, Steuern, Abgaben, Gebühren und Vermessungskosten hat jeder Vertragsteil für sich zu tragen.

23) A 88/4-12483/2004

Immobilientransaktion Stadt Graz – Grazer Bau- und GrünlandsicherungsgmbH, Veräußerung der Liegenschaft, EZ 14, 17 und 1737, alle KG Jakomini, Friedrichgasse; Verzicht auf Ausübung des Vorkaufs- und Wiederkaufsrechtes; Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBL.Nr. 130/67 i.d.F. LGBL. 91/2002, beschließen:

Die Stadt Graz verzichtet auf die Ausübung des im Pkt. X, Abs. 1 des Kaufvertrages vom 11.12.2002 von der Grazer Bau- und GrünlandsicherungsgesmbH eingeräumten Wiederkaufsrechtes an der Liegenschaft EZ 14 und 17 sowie einer

Teilfläche des Gdst.Nr. 64, EZ 1737, alle KG Jakomini und macht ihr im Pkt. X, Abs. 2 des zit. Kaufvertrages eingeräumtes Vorkaufsrecht hinsichtlich der angeführten Liegenschaft nicht geltend.

28) A 17-B 9.323/2004

„Änderung der Gemeinde-Kommissionsgebühren-Verordnung 1954“

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge gemäß § 45 Abs. 2 Z 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag zur Änderung der Gemeinde-Kommissionsgebühren-Verordnung 1954 der Steiermärkischen Landesregierung vorlegen.

NT 2) Präs. 21194/2003-2

Landesmuseum Joanneum GmbH.; Neu-Nominierung eines Aufsichtsratsmitgliedes

Der Stadtsenat stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:
Anstelle des bisherigen Aufsichtsratsmitgliedes StR. a.D. Dipl.-Ing. Helmut Strobl wird nunmehr Herr Dr. Nikolaus Lallitsch als Vertreter der Stadt Graz im Aufsichtsrat der Landesmuseum Joanneum GmbH nominiert.

NT 3) Präs. 11653/2003-4

Lenkungsausschuss-Parkraumbewirtschaftung für die Grazer Parkraummanagement GmbH; Änderung der Zusammensetzung

Der Stadtsenat stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In den mit Gemeinderatsbeschluss vom 20.12.2001 eingerichteten Lenkungsausschuss-Parkraumbewirtschaftung für die Grazer Parkraummanagement GmbH wird als Mitglied – anstelle von Herrn GR Rudolf Trummer – Herr GR Peter Mayr (Verkehrssprecher der ÖVP) entsendet.

NT 4) A 8 – 2/2004-102

Straßenamt, Entfernung von Fahrzeugen;
Nachtragskredit über € 55.000,- und
Kreditansatzverschiebungen über
insgesamt € 26.000,- in der OG. 2004

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGB. 130/1967 i.d.F. 91/2002 beschließen:

In der OG. 2004 werden die Fiposse

1.03400.728400	„Entgelte für sonstige Leistungen, Fahrzeugabschleppungen“ um	€ 70.200,-
----------------	---	------------

1.03400.728500	„Entgelte für sonstige Leistungen, Fahrzeugentfernung“ um	€ 10.800,-
----------------	---	------------

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

2.03400.829100	„Sonstige Einnahmen, Fahrzeugabschleppungen“ um	€ 55.000,-
----------------	---	------------

aufgestockt bzw. die Fiposse

1.61200.729000	„Sonstige Ausgaben, Interessenbeiträge“ um	€ 17.500,-
----------------	--	------------

1.64000.728400	„Entgelte für sonstige Leistungen, Verkehrssicherheit“ um	€ 8.500,-
----------------	---	-----------

gekürzt.

Die Anträge 1), 2), 3), 4), 8), 11), 12), 13), 15), 16), 18), 19), 20), 28), NT 3) und NT 4) wurden einstimmig angenommen.

Die Anträge 23) und NT 2) wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mayr

5) Präs. 11082/2003-4
A 7-2969/2004-1

Gesundheitsschutzverordnung;
Neuerlassung

GR. **Mayr**: Meine Damen und Herren! Es geht hier um einen Bericht an den Gemeinderat hinsichtlich der Gesundheitsschutzverordnung, einer Neuerlassung. Es geht um die Taubenfütterung, die im gesamten Stadtgebiet untersagt werden soll und der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation stellt den Antrag, der Gemeinderat möge dem Statut gemäß diesen Bericht als integrierenden Bestandteil der ortspolizeilichen Gesundheitsschutzverordnung erlassen.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 42 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. 130/1967, idF LGBl. 91/2002, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Verordnung, GZ.Präs. 11082/2003-4 und A 7-2969/2004-1, mit der die ortspolizeiliche Gesundheitsschutzverordnung 2004 erlassen wird, beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich muss noch etwas nachholen, das habe ich vorhin vergessen, beim normalen Nachtrag der Tagesordnung ist das Stück 1) vom Präsidialamt, das ist die ortspolizeiliche Verordnung, abgesetzt. Das habe ich früher nicht berichtet.

Berichterstatterin: GRin. Dr. Leb

27) A 16-77/4-2004

Kulturbericht der Stadt Graz,
Informationsbericht

Dr. **Leb**: Hier dreht es sich um den Informationsbericht an den Gemeinderat. Und zwar wurde am 13. 11. 2003 zum Grazer Kulturdialog ein Bericht bereits beschlossen, es war ein Informationsbericht. Es wurde damals aber auch festgestellt, dass wir diesen Kunst- und Kulturbericht jährlich einmal halten sollen, um der interessierten Öffentlichkeit eben das Engagement der Stadt Graz vor Augen zu führen. Und zwar hat dieser Kulturbericht klar definierte Ziele und zwar die nationale, internationale Vergleichbarkeit, weit gehende Vollständigkeit der Bemühungen um die Darstellung aller städtischen und ressortübergreifenden Leistungen für Kultur, das heißt, dass eben das Kulturamt mit den anderen Ämtern der Stadt Graz zusammenarbeitet und da die Einbindung für Infrastruktur, Bereitstellung und solche Dinge eben veranschaulicht. Die Nachvollziehbarkeit der Grazer Kulturentwicklung und die hohe legitimatorische Leitfunktion von Kunst und Kultur als Lebensqualitätsindikatoren, aber auch als Faktoren zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der touristischen Attraktivität und Wirtschaftskraft der Stadt. So wurde also das Kulturamt beauftragt, zusätzlich mit allen betroffenen Einrichtungen der Stadt in Kontakt zu treten und deren kulturelle Verantwortungsbereiche in diesen Bericht möglichst vollständig einfließen zu lassen. Entsprechend dem vorliegenden Bericht stellt der Kultur- und Sportausschuss den Antrag, dass der Gemeinderat diesen Informationsbericht zustimmend zur Kenntnis nimmt. Danke.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kultur- und Sportausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Informationsbericht wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Bauer

6) A 8 – 8/2004-23

Stadtschulamt, Lernbetreuungsprojekte durch die Vereine WIKI Steiermark, SALE; ISOP und Kinderfreunde Steiermark;

1. Projektgenehmigungen in Höhe von insg. € 2.775.200,- in der OG 2004-2008
2. Kreditansatzverschiebungen über insg. € 10.500,- in der OG 2004

7) SSA - 38465/2003 - 7
SSA - 38463/2003 - 5
SSA - 38461/2003 - 4
SSA - 38462/2003 - 4
SSA - 38466/2003 - 4
SSA - 38458/2003 - 10
SSA - 38460/2003 - 9
SSA - 38453/2003 - 4
SSA - 38455/2003 - 4
SSA - 38469/2003 - 5
SSA - 51529/2004 - 1

Weiterführung, Erweiterung und Abänderung der 11 Lernbetreuungsprojekte durch die Vereine SALE, ISOP, WIKI Steiermark, Kinderfreunde Steiermark; für die Zeit vom 1.9.2004 bis 31.8.2008

GR. **Bauer:** Es geht in diesem Stück um Lernbetreuungsprojekte durch die Vereine WIKI, SALE, ISOP, Kinderfreunde Steiermark, Projektgenehmigung in Höhe von insgesamt 2.775.200,- Euro. Kreditansatzverschiebung über insgesamt 10.500,- Euro, und es geht da um Betreuungsplätze, Sicherung der Stadt Graz, einfach die Genehmigung bis 2008. Ich bitte um Annahme.

Zu Punkt 6):

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 in Verbindung mit § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. 91/2002 beschließen:

Die Projektgenehmigungen für die im Motivenbericht dargestellten Nachmittagsbetreuungen an diversen Grazer Schulen in der OG 2004-2008 über insgesamt € 2.775.200,- und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Graz werden beschlossen.

In der OG des Voranschlages 2004 werden die Fiposse

1.21100.728320	„Entgelte für sonstige Leistungen, Nachmittagsbetreuung VS St. Peter“ um	€ 5.100,-
1.21100.728470	„Entgelte für sonstige Leistungen, Nachmittagsbetreuung VS Andritz“ um	€ 5.400,-
1.21100.728450	„Entgelte für sonstige Leistungen, Nachmittagsbetreuung VS Fischerau“ um	€ 5.100,-
1.21100.728510	„Entgelte für sonstige Leistungen, Nachmittagsbetreuung VS Strassgang“ um	€ 5.400,-

gekürzt.

Zu Punkt 7):

Die Berichterstatterin stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle den Weiterführungen, Erweiterungen und Abänderungen der 11 Lernbetreuungsprojekte mit einem Finanzierungsaufwand für die Stadt Graz für die Zeit vom 1.9.2004 bis 31.8.2008 von insgesamt € 2.775.200,- die Zustimmung erteilen sowie die dazu erforderlichen Verlängerungen der bestehenden Vereinbarungen zwischen der Stadt Graz und den Vereinen WIKI Steiermark, SALE, ISOP und Kinderfreunden Steiermark, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bilden, genehmigen.

Die Anträge 6) und 7) wurden einstimmig angenommen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 17.20 bis 17.45 Uhr.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Bauer

14) A 8 – K 11256/03-9

Landesmuseum Joanneum GmbH,
Richtlinien für die o.
Generalversammlung am 7.7.2004 gem.
§ 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung

Mag. **Bauer**: In diesem Stück geht es um eine Stimmrechtsermächtigung für die Vertreter der Stadt Graz, Herrn Dr. Wolfgang Riedler und Herrn Stadtrat Mag. Dr. Christian Buchmann für die Generalversammlung der Landesmuseum Joanneum GmbH. Auf der Tagesordnung geht es um die Genehmigung des Jahresabschlusses 2003, die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates, ebenso um die Neubestellung der Aufsichtsräte der Landesmuseum Joanneum GmbH. Der Bericht über den Jahresabschluss wurde von Dr. Binder & Co, Wirtschaftsprüfung und Steuerungs-, GmbH, erstellt. Zur weiteren Information, die Stadt Graz ist ein Minderheitseigentümer mit 15 %, hat aber die Möglichkeit zwei Aufsichtsräte zu entsenden, die Joanneum GmbH führt das Landesmuseum Joanneum und das Kunsthaus. Das Prüfungsergebnis der von Dr. Binder Wirtschaftsprüfung und Steuerungs- GmbH hat auch ergeben, dass der Bilanzgewinn in der Höhe von null Euro und bei einer Bilanzsumme von 5.881.452,97 Euro liegt, wobei die Buchführung und der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Es wird darüber hinaus ersucht, die Zustimmung zu erteilen, dass Herr Dr. Nikolaus Lallitsch und Herr Dipl.-Ing. Dr. Günter Getzinger als Aufsichtsräte in die Landesmuseum Joanneum GmbH entsandt werden. Um Annahme wird ersucht.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Die Vertreter der Stadt Graz in der Gesellschafterversammlung der Landesmuseum Joanneum GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler und Stadtrat Mag. Dr. Christian Buchmann werden ermächtigt, in der am 7. Juli 2004 stattfindenden Gesellschafterversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses der Landesmuseum Joanneum GmbH zum 31.12.2003
- Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates
- Neubestellung der Aufsichtsräte der Landesmuseum Joanneum GmbH

GRin. **Rücker:** Ich muss mich jetzt da zu Wort melden, weil eben genau das Thema Gendermainstreaming immer wieder auftaucht und genau in dieser Praxis dann immer wieder Widersprüche auftauchen. Es gab einend dringlichen Antrag, der hier auch einstimmig beschlossen wurde, wo es um die Erhöhung der Frauenanteile in diversen Aufsichtsräten gegangen ist und dieses Stück, das wieder zwei Männer entsendet als Eigentümer- und Aufsichtsratspositionen, bewegt mich zu der Frage, welche Anstrengungen unternommen wurden, um etwas anderes, also zum Biespiel eine andere Zusammensetzung zustande zu bringen und heute im Finanzausschuss konnte mir diese Frage nicht beantwortet werden, deswegen stelle ich diese Frage hier an den Herrn Bürgermeister als Eigentümervertreter.

Zwischenruf GR. Schönegger: Ist keine Fragestunde.

GRin. **Rücker:** Trotzdem möchte ich zu diesem Stück die Frage stellen, was zu diesem dringlichen Antrag inzwischen weitergegangen ist, ob da irgendwelche Schritte unternommen wurden und Bemühungen unternommen werden. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl:** Danke, Frau Gemeinderäte! Ich gebe Ihnen gerne eine Antwort. Es wird und obliegt jeder Fraktion, wenn sie jemanden entsenden darf, ob sie sich an diesen Gemeinderatsbeschluss hält oder nicht hält beziehungsweise ob sie auch eine Persönlichkeit in ihren Reihen findet, der sie vertraut, damit sie die konkrete Position dann mit einer Frau oder mit einem Mann besetzen kann. Ich glaube, dass

alle Fraktionen das durchaus ernst nehmen, aber dass man sich auch anschaut, ob in dem Fall die Persönlichkeit in diesem Bereich auch so ist, und es ist so entschieden worden, das wird mir so gemeldet, dadurch kommt es zu dem Stück, dem werden wir des öfteren begegnen, auch noch in den nächsten Jahren, das eine ist der Wunsch des Gemeinderates, das andere ist, dass du dann auch eine Person finden musst, die zur Verfügung steht und auch da bekommt man immer wieder Absagen, so wird auch das hier so zustande gekommen sein (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Es wurde auch eine Arbeitsgruppe oder eine Herangehensweise beschlossen, wie dieses Problem gelöst wird längerfristig. Ist in diese Richtung schon irgend etwas unternommen worden, um eben das Thema Erhöhung der Anteile, ich weiß schon, dass in manchen Positionen eben Männer sind und man diese nimmt, aber wie man dieses Problem löst, da haben wir gesagt, da gibt es eine Arbeitsgruppe dazu. Ist da irgend etwas in die Richtung schon gegangen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich bin jetzt überfragt im Moment, ich werde mich da kundig machen und werde Ihnen eine Antwort geben. Mir ist im Moment keine bekannt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Zenz

9) A 8 – K 901/2001-15

EFG Waschbetrieb GmbH;
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz in der o.
Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2
des Statutes der Landeshauptstadt Graz
1967; Umlaufbeschluss

GR. **Zenz:** Es geht in diesem Stück um die Stimmrechtsermächtigung für die Vertreterin der Stadt Graz, die Frau Stadträtin Monogioudis, zur Zustimmung zum Umlaufbeschluss über die EFG Waschbetrieb GmbH. Die EFG Waschbetrieb GmbH hat drei Gesellschafter, die Entsorgungs- Abfallverwertungs GmbH, die Frikus Friedrich Kraftwagentransport und die Stadt Graz. Im Jahresabschluss 2003 wurde ein Verlust von 14.948,- Euro erzielt, ist das falsche Wort, davon entfallen 12.067,- auf den Verlustvortrag des Vorjahres und auf einen Jahresverlust für das Jahr 2003 von 2.916,- Euro. Es wird beabsichtigt, den Bilanzverlust auf Neurechnung fortzuschreiben, ein weiterer Tagesordnungspunkt ist die Entlastung der Geschäftsführer für das Jahr 2003. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Die Vertreterin der Stadt Graz in der EFG Waschbetrieb GmbH, StRin. Wilfriede Monogioudis, wird ermächtigt mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen.

1. Abstimmung auf schriftlichem Weg (Umlaufbeschluss)
2. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2003
3. Behandlung des Bilanzverlustes 2003
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2003

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

17) A 8/4-1621/2002

KG Graz-Stadt-Messendorf,
Deponiegrund, Bestandgabe einer rd.
65.000 m² großen Fläche an die Firma
Hödlmayr Logistics GmbH. ab 1.6.2002
auf die Dauer von 15 Jahren; Änderung
des Bestandvertrages Reduktion der
Bestandfläche

Mag. **Frölich**: Hier geht es um die Reduktion einer Bestandfläche und die Änderung eines Bestandvertrages. Der Firma Hödlmayr wurde hier ein Areal zur Verfügung gestellt mit diesem Bestandvertrag und dieses Areal soll jetzt reduziert werden, auf eine Größe um 41.000 m² reduziert werden. Es wird der Antrag gestellt, die mit Gemeinderatsbeschluss vom 13.6.2002 der Firma Hödlmayr zugewiesene Bestandfläche der städtischen Liegenschaft Deponiegrund in Messendorf im Ausmaß von rund 65.000 m² im Sinne des Motivenberichtes einvernehmlich um 41.300 m² zu verringern und beträgt der Bestandzins jährlich für diese Liegenschaft 84.000,- Euro. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 9 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI.Nr. 130/1967 i.d.F. LGB.. 91/2002, beschließen:

Die mit Gemeinderatsbeschluss vom 13.6.2002 der Firma Hödlmayr Logistics GmbH zugewiesene Bestandfläche der städtischen Liegenschaft „Deponiegrund“, bestehend aus den Gdst.Nr. 814/1, 89, 831, 833/1, 833/2, 828/1, 834/1, 834/5, 855/1 und 855/3, alle KG Graz-Stadt-Messendorf, im Ausmaß von rd. 65.000 m², wird im Sinne des Motivenberichtes einvernehmlich um rd. 41.300 m² verringert. Es beträgt daher der Bestandzins jährlich rd. € 85.000,- zzgl. Ust.

Sämtliche übrigen Vertragsbedingungen bleiben vollinhaltlich aufrecht.

GR. Mag. **Candussi**: Wir haben ja klubintern ein durchaus freundlichen Umgang miteinander, also ich habe da nichts zu befürchten. Ich weiß nicht, wie das in anderen Klubs ist. Der Zusatzantrag, der angekündigte (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) lautet, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Rechtsstatus der betreffenden Fläche wird in den Stand von Mai 2002 rückgeführt, indem der Abfallwirtschaftsplan, der Flächenwidmungsplan und das STEK 3.0 entsprechend dem damaligen Wortlaut geändert werden.
2. Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, eine Nutzung der wieder frei gewordenen Fläche für Naherholungszwecke zu untersuchen und die Ergebnisse bis Jahresende dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zu übermitteln.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke einmal für diesen Zusatzantrag. Er hat jetzt für ein bisschen Verwirrung gesorgt, weil er nur mündlich vorgetragen worden ist und jetzt nicht schriftlich vorliegt, darf ich Sie noch einmal ersuchen, dass wir das noch einmal genauer bekommen. Darf ich die Klubobleute kurz zu mir bitten.

Nach Absprache auch mit dem Herrn Magistratsdirektor habe ich die Mitteilung, dass bei diesem Zusatzantrag eine Änderung des Fläwi-Planes und des STEK hier nicht zulässig und hier möglich ist, das heißt, wir können über den Zusatzantrag nur im Punkt 2) abstimmen, so werden wir das auch tun.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Antrag ist einmal so beschlossen und jetzt kommt der Punkt 2) des gewünschten Zusatzantrages, eingebracht von Herrn Gemeinderat Candussi der lautet: Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, eine Nutzung der wieder frei gewordenen Fläche für Naherholungszwecke zu untersuchen und die Ergebnisse bis Jahresende dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zu übermitteln.

GR. Dr. **Spielberger** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Da kann man doch nicht hier im Hause so mit einer Zusatzänderung eine grundsätzliche Abstimmung verlangen.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, nachdem der Punkt 2) die Konsequenzen aus 1) erfüllen soll, können wir de facto auch als Zusatzantrag nicht abstimmen. Ich bitte dich, dass du das so zur Kenntnis nimmst. Wenn der Einser nicht beschlossen wird, kann der Zweier nicht beschlossen werden, weil es diese Freiflächen nicht gibt. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen, ich kann ihn nicht abstimmen lassen, der Antrag ist so angenommen und ich bitte, wenn man Zusatzanträge hat, dass wir vielleicht vorher ein bisschen absprechen.

Berichterstatter: GR. Eichberger

24) A 14-K-661/1999-95

erhöhte Mehrheit

17.04.1 Bebauungsplan Einkaufszentrum
III „IKEA 2, OBI-Baumarkt“ 1. Änderung
XVI. und XVII. Bez., KG. Webling
Auflage des Entwurfes

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In gebotener Kürze: Es geht hier um eine Änderung eines rechtswirksamen Bebauungsplanes betreffend IKEA 2, OBI-Baumarkt, und zwar geht es in diesem Zusammenhang mit der Auflassung des bestehenden Fertighauszentrums auf dem Areal der Grazer Messe um eine punktuelle Änderung dieses rechtswirksamen Bebauungsplanes aus dem Jahr 2000, und zwar geht es hier, wie gesagt, um drei wesentliche Punkte in diesem bestehenden Bebauungsplan, das eine betrifft den Verwendungszweck und die Gesamtbetriebsfläche gemäß § 10. Hier geht es nur um Änderung der Baugrenzlinien, im § 12 sollte es zu einer Änderung kommen hinsichtlich der Dächer,

weil man natürlich bei einem Fertighauszentrum nicht davon ausgehen kann, dass jedes Haus ein gleiches Dach besitzen wird und das Dritte betrifft die Änderung und Anlegung von Grünflächen und Pflanzungen; diese drei Paragraphen sollen eben geändert werden. Gleichzeitig mit dieser Änderung ist auch daran gedacht und vorgesehen natürlich, dass diese Änderung hier während der Amtstunden zur Einsicht aufliegt und zwar genau vom 1. 7. bis zum 26. 8. Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle die Auflage dieses Entwurfes und die 1. Änderung beschließen sowie die Auflage in der Dauer von acht Wochen vom 1. 7. bis 26.8. dieses Jahres. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Bau- und Raumordnungsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle die Auflage des Entwurfes des 17.04.1 Bebauungsplanes „IKEA 2, OBI-Baumarkt“, 1. Änderung durch 8 Wochen vom 1.7.2004 bis 26.8.2004 beschließen.

GR. Mag. **Candussi**: Ich möchte bei dem Stück nur anmerken, dass wir dem zustimmen, weil es sich hier nur um die Auflage handelt. Mit dem Vorbehalt, dass sich möglicherweise während der Auflagezeit noch einige Erkenntnisse darüber ergeben könnten, ob dieses Grundstück dafür wirklich geeignet ist. Es ist nämlich tatsächlich sehr, sehr klein und die Frage ist, ob an dieser Stelle ein Fertighausdorf tatsächlich wirtschaftlich sinnvoll zu betreiben ist oder ob nicht an einer anderen Stelle, sprich, das ist eh kein Geheimnis, südlich des Weblinger Gürtels dieses Fertighausdorf sinnvoller anzusiedeln ist. Wie gesagt, mit diesem Vorbehalt heute eine Zustimmung zur Auflage.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen (48 : 0).

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

25) A 14-K-783/2002-30

erhöhte Mehrheit17.07 Bebauungsplan „Oberer Auweg“
Teilaufhebung des Aufschließungs-
gebietes 14.24; XVII. Bez., KG.
Rudersdorf; Beschluss

Dipl.-Ing. **Topf**: Beim Bebauungsplan Oberer Auweg geht es um die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes 14.24. Der Grund dafür sind vertragsrechtliche Probleme zwischen Antragsteller und dem weiteren Grundeigentümer, aber auch auf Grund eines fehlenden Servitutes über das Grundstück im Eigentum einer Familie sind die Aufschließungserfordernisse für den nördlichen Bereich des Aufschließungsgebietes nicht erfüllt, weshalb eine Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes vorgenommen wird. Für den südlichen Bereich des Aufschließungsgebietes sind jedoch sämtliche Aufschließungserfordernisse erfüllt, sodass einer Teilaufhebung keine öffentlichen Interessen entgegenstehen. Der Entwurf des Bebauungsplanes lag in der Zeit vom 25. 7. bis 19.9.2003 öffentlich auf und es wurde das Anhörungsverfahren durchgeführt. Desweiteren wurden der Bezirksrat und diverse Magistratsdienststellen informiert. Am 10.9. wurde eine öffentliche Informationsveranstaltung über den Entwurf des Bebauungsplanes durchgeführt. Während der Auflagefrist und nach der Bürgerinformation langten im Stadtplanungsamt fünf Einwendungen ein, die behandelt wurden. Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Teilaufhebung der Festlegung als Aufschließungsgebiet für die in der zeichnerischen Darstellung festgelegten Bereiche oder Teilbereiches des Aufschließungsgebietes 14.24, KG Rudersdorf, den Bebauungsplan Oberer Auweg, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie die Einwendungserledigungen mögen beschlossen werden. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. die Teilaufhebung der Festlegung als Aufschließungsgebiet für die in der zeichnerischen Darstellung festgelegten Teilbereiche des Aufschließungsgebietes 14.24, KG Rudersdorf,

2. den 17.07 Bebauungsplan „Oberer Auweg“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen (48 : 0).

Berichterstatterin: GRin. Rücker

29) A 23-054363/2004-0002
A 8-8/2004-25

EU-LIFE Projekt
KAPA GS
Klagenfurts Anti PM 10 Actions with Graz
and South-Tyrol

1. Projektgenehmigung in der Höhe von € 327.600,- in der AOG 2004-2007, vorausgesetzt die Zuerkennung der Fördermittel durch die Europäische Kommission
2. Genehmigung der Annahme der Fördermittel
3. Haushaltsplanmäßige Vorsorge für € 110.000,- in der AOG. 2004

GRin. **Rücker**: Ich werde kurz noch einmal dieses EU-Life-Projekt darstellen. Es ist eine Möglichkeit im Rahmen dieses EU-Projektes einen Teil der beschlossenen Feinstaubmaßnahmen umzusetzen, ist eine Kooperation mit neuen Partnern, darunter zwei Städte wie Bozen und Klagenfurt, wobei Klagenfurt die Projekt betreibende Stadt ist. Es geht um eine Projektgenehmigung in der Höhe von 327.600,- Euro in der außerordentlichen Gebarung 2004-2007, vorausgesetzt die Zuerkennung der Fördermittel durch die Europäische Kommission, und es soll eine haushaltsmäßige Vorsorge für 110.000,- Euro in der AOG 2004 geschaffen werden. Ich stelle jetzt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 und § 90 Abs. 4 in Verbindung mit § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen: Für die Koordinierung und Durchführung des Projektes KAPA GS Klagenfurts Anti PM10 Actions with Graz and South-Tyrol im Rahmen des EU-Life-

Programmes wird die Projektgenehmigung in der Höhe von 327.600,-, vorausgesetzt die Zuerkennung, erteilt und in den Vorschlägen für die außerordentliche Gebarung wie folgt berücksichtigt: außerordentliche Gebarung 2004 110.000,-, außerordentliche Gebarung 2005 90.000,-, 2006 90.000,-, 2007 37.600,-. Für die Durchführung des Projektes KAPA etc. im Rahmen des EU-Life-Programmes wird die Annahme der Fördermittel der Europäischen Kommission in der Höhe von 273.276,- genehmigt und es werden in der außerordentlichen Gebarung des Voranschlags 2004 die neuen Finanzpositionen 5.52900.755200 „Laufende Transfers an Unternehmungen“, EU-Life KPA GS und 6.52900.889200 Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union, EU-Life mit je 110,- geschaffen. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Umwelt- und Katastrophenschutz, des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte und des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 und § 90 Abs. 4 in Verbindung mit § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

1. Für die Koordinierung und Durchführung des Projektes „KAPA GS – Klagenfurts Anti PM10 Actions with Graz and South-Tyrol“ im Rahmen des EU-LIFE Programmes wird die Projektgenehmigung in der Höhe von € 327.600,- vorausgesetzt die Zuerkennung der Fördermittel der Europäischen Kommission erteilt und in den Voranschlägen für die AOG der Jahre 2004-2007 wie folgt berücksichtigt:

AOG 2004	€ 110.000,00
AOG 2005	€ 90.000,00
AOG 2006	€ 90.000,00
AOG 2007	€ 37.600,00

2. Für die Durchführung des Projektes „KAPA GS – Klagenfurts Anti PM10 Actions with Graz and South-Tyrol“ im Rahmen des EU-LIFE-Programmes

wird die Annahme der Fördermittel der Europäischen Kommission in der Höhe von € 273.276,00 genehmigt.

3. In der AOG des Voranschlages 2004 werden die neuen Fiposse

5.52900.755200 „Lfd. Transfers an Unternehmungen, EU-Life KAPA GS“
(Deckungsklasse: 23101)
(Anordnungsbefugnis: A 23)

6.52900.889200 „Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union, EU-Life KAPA GS“
(Anordnungsbefugnis: A 23)

mit je € 110.000,- geschaffen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

30) A 23-003902/2004-0003
A 8 – 8/2004-24

EU-Projekt Interreg IIIC
ÖKOPROFIT International

1. Projektgenehmigung in der Höhe von € 980.800,- in der AOG 2004, 2005 und 2006
2. Genehmigung der Annahme der Fördermittel und Genehmigung der Weiterleitung der den Partnern zustehenden Fördermittel
3. Nachtragskredit über € 241.800,- in der AOG. 2004

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In diesem Stück geht es um das ÖKOPROFIT, wobei es darum geht, dass die Stadt Graz dieses erfolgreiche Projekt in verschiedene andere Städte exportieren will, und zwar der Zeitraum dieses Projektes, der offizielle Start ist am 1. 4. 2004, das Projektende ist am 31. 9. 2006 terminisiert. Im Gesamten geht es um rund 1.141.380,- Euro, wobei insgesamt 886.125,50 von der EU als Förderungsmittel beigestellt werden. Konkret geht es um die drei Punkte und zwar es geht um die Projektgenehmigung in der Höhe von

980.800,- verteilt auf die Jahre 2004, 2005 und 2006, weiters geht es um die Inanspruchnahme der Förderung der EU in der Höhe von 868.125,50 sowie den Transfer dieser dem Partner zustehenden Mittel in der Gesamthöhe von 622.825,50 und drittens wird ersucht, in der AOG des Voranschlages 2004 eine neue Finanzposition zu schaffen mit dem Titel „Entgelte für sonstige Leistungen“ in der Höhe von 241.800,- und diese zu bedecken. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Umwelt- und Katastrophenschutz, des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte und des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 und § 90 Abs. 4 in Verbindung mit § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

1. Für die Koordinierung und Durchführung des Projektes „ÖKOPROFIT International – Public Private Partnership Networks for a Sustainable Development of Policies and Society“ im Rahmen des EU-Programmes Interreg IIIC wird die Projektgenehmigung in der Höhe von € 980.800,- erteilt und in den Voranschlägen für die AOG der Jahre 2004, 2005 und 2006 wie folgt berücksichtigt:

AOG 2004	€ 291.829,00	gerundet	€ 291.800,-
AOG 2005	€ 416.356,36	gerundet	€ 416,400,-
AOG 2006	€ 272.553,34	gerundet	€ 272.600,-

2. Für die Durchführung des Projektes „ÖKOPROFIT International – Public Private Partnership Networks for a Sustainable Development of Policies and Society“ im Rahmen des EU Programmes Interreg IIIC wird der Annahme und der Verwaltung der Fördermittel der Europäischen Union in der Gesamthöhe von € 868.125,50 sowie dem Transfer der den Partnern zustehenden Fördermittel in der Gesamthöhe von € 622.825,50 die Genehmigung erteilt.
3. In der AOG des Voranschlages 2004 wird die Fipos

5.52900.72800 „Entgelte für sonstige Leistungen, Interreg
III“ (Deckungsklasse: 23100) um € 241.800,-
erhöht und zur Bedeckung die neue Fipos

6.52900.889100 „Kap. Transferzahlungen von der Europ.
Union, Ökoprotit International“
(Anordnungsbefugnis: A 23)

mit demselben Betrag geschaffen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Schmalhardt

NT 5) A 8 – 2/2004-103

Baudirektion, Karmeliterplatz:

1. Erhöhung der Projektgenehmigung
um € 220.000,- bei gleichzeitiger
Reduktion der PG „HL-AG, Baulos
04“
2. Kreditansatzverschiebung von €
220.000,- in der AOG. 2004

GR. **Schmalhardt:** Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Im vorliegenden Stück geht es um eine Kreditansatzverschiebung von der HL-AG, Baulos 04, zur Karmeliterplatzsanierung und ich bitte um Ihre Zustimmung von 220.000,- Euro. Anzumerken wäre, es geht dabei um eine Nachverrechnung der anfallenden Umsatzsteuer, hier wäre anzumerken, dass durch einen besseren Kontakt zwischen Finanzdirektion und Baudirektion solche Nachzahlungen in Zukunft zu verhindern wären. Ich bitte die zuständigen Herren, das zu Herzen zu nehmen und in Zukunft besser zu kommunizieren.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der AOG 2004-2005 wird die Projektgenehmigung „Neugestaltung Karmeliterplatz, Baudurchführung“ von € 1.100.000,- auf € 1.320.000,- erhöht und die Änderung in der mittelfristigen Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2004	MB 2005
Neugestaltung Karmeliterplatz Baudurchführung	1.320.000	2004-2005	1.320.000	0

beschlossen.

Weiters wird in der AOG 2003-2006 die Projektgenehmigung „Ausbau Südbahn/Koralmbahn – Baulos 4/B 1088“ von € 2.297.600,- auf € 2.077.600,- gekürzt und die Änderung in der mittelfristigen Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2003	MB 2004	MB 2005	MB 2006
Südbahn/Koralmbahn, BL 4/B 1088	2.077.600	2003-2006	0	1.893.300	143.900	40.400

beschlossen.

In der AOG des Voranschlages 2004 wird die Fipos

5.61200.002250 „Straßenbauten, Karmeliterplatz“ um € 220.000,-

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

5.61200.775200 „Kap. Transferzahlungen an Unternehmungen,
HL-BL 04“

um denselben Betrag gekürzt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Eine kurze Wortmeldung zur angeregten besseren Kontaktaufnahme, Anregungen werden immer aufgenommen in dieser Hinsicht. Ich wollte aber schon deutlich machen, dass..

Zwischenruf GR. Schmalhardt unverständlich.

Dr. **Rüsch**: Nein, das finde ich nicht, also allgemein immer, aber im konkreten Fall, sonst hätte ich mich nicht zu Wort gemeldet, und zwar war es in dem Fall tatsächlich so, dass im November noch ein Schreiben von der EGT und zwar von der Kanzlei Bertl, Fatinger und Partner gekommen ist mit dem Hinweis, dass die Leistungen, die die EGT für die Stadt erbringen wird im Zusammenhang mit der Oberflächengestaltung, Entschuldigung, dass die EGT in dieser Hinsicht vorsteuerabzugsberechtigt ist, das heißt, Bertl, Fatinger und Partner bestätigt, dass der Vorsteuerabzug besteht und damit war das für uns an und für sich erledigt und ein halbes Jahr später kommt dieselbe Kanzlei zu dem Ergebnis, dass das nicht gestimmt hat, sondern dass die Stadt sehr wohl die Umsatzsteuer bezahlen muss. Also grundsätzlich nehmen wir den Hinweis, mit der Finanzdirektion eng zusammen zu arbeiten, selbstverständlich an, es ist ohnehin klar, aber in dem Fall, glaube ich, können wir wirklich nichts dafür.

GR. Mag. **Candussi**: Werte KollegInnen und lieber Gerhard Rüsch! Es gibt schon eine, ich glaube, durchaus berechtigte Kritik an diesem Stück und das liegt nicht nur daran, dass es diesen Irrtum gegeben hat, wo man sagt, ist man vorsteuerabzugsberechtigt oder nicht, sondern das liegt auch daran und ich frage mich, was sind Projektgenehmigungen in diesem Haus wirklich wert? Wenn ich mir die alte Projektgenehmigung anschau vom 4. Dezember 2003, glaube ich, wo ganz klar drinnen steht und aus der hervorgeht, dass die Stadt vorher diese Geschichte selbst zu machen hat, mit Ausschreibung und allem Drum und Dran und damit nach anderen Spielregeln als es dann tatsächlich passiert. Und man hört dann im Ausschuss, ja das war halt diese Projektgenehmigung, aber wir haben damals schon die Absicht gehabt, das über einen Generalunternehmer, sprich über die EGT abzuwickeln, dann komme ich mir als Gemeinderat im Ausschuss wirklich für blöd verkauft vor, weil ich frage mich, was ist diese Projektgenehmigung wert, wenn sie mir vorgelegt wird mit Spielregeln und wenn Spielregeln angekündigt werden, die dann im Nachhinein nicht gehalten werden und zwar offensichtlich schon vorsätzlich nicht gehalten werden, weil man mittlerweile schon einen ganz anderen Verhandlungsstand oder Bewusstseinsstand hat. Und das ist mein Kritikpunkt daran. Wäre man von vorneherein mit einer Projektgenehmigung hereingegangen, die dem

entsprochen hätte, was man vorhat, dann hätte man den ganzen Palawatsch nicht gehabt. Das ist, glaube ich, der Punkt und da gibt es Kritik und ich hätte große Lust, dem Stück nicht zuzustimmen, tue es nur deswegen nicht, weil ich weiß, wenn das alle tun, dann haben wir noch weniger Geld für den Karmeliterplatz und ich habe ja Interesse, dass dort oben etwas Ordentliches passiert, das habe ich heute auch schon einmal dokumentiert mit dem Antrag und deshalb stimme ich zu, aber wirklich nur unter Protest, weil ich mir wünsche, dass es endlich einmal Projektgenehmigungen gibt, die dann halten, die preislich halten und die vom Prozedere halten. Das ist das Ärgerliche, das uns immer wieder beschäftigt (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht auch persönlich dazu anmerken, dass das richtig ist, was du gesagt hast, Herr Gemeinderat, und dass wir uns alle wünschen würden, wenn möglichst all das, was wir hier beschließen, gut vorbereitet ist und dann auch hält. Und das lasse mich nur noch anfügen, wir haben alle den Wunsch, dass auf diesem Karmeliterplatz und am Freiheitsplatz, und da geht es um neue Stadtqualitäten, die man sich nur vorstellen kann, wenn man einmal dort hinget und sich jetzt hinstellt. Ich war anlässlich dieser Pressekonferenz für die neue Garage auf diesem Areal, bin also quasi fast an der Stadtmauer gestanden, es ist so unglaublich toll, wie dieser Karmeliterplatz jetzt wirkt, dass du den Uhrturm da darüber hast und den schönen Schloßberg im Hintergrund. Es wird einer der schönsten Plätze werden und auch der Freiheitsplatz, und es waren ursprünglich allein für den Karmeliterplatz (*Applaus ÖVP*) 6,6 Millionen Euro geplant und es hat die Abteilung wirklich versucht, sich hinten und vorne gleich zu kratzen, um noch etwas hinzukriegen und das nicht aus dem Auge zu verlieren, was der Architekt in seiner ursprünglichen Planung auch wirklich vorgesehen hat. Das heißt, wir haben an Materialien eingespart, das tut weh, wenn man sparen muss, und wir sind von der ursprünglichen Summe auf insgesamt 20 % gelangt, dass das jetzt nicht funktioniert hat stimme ich dir zu, ist ärgerlich, aber ich glaube, wir sollten dem Stück insgesamt die Zustimmung auch geben, weil das, was wir zustande gebracht haben mit 20 %, muss eigentlich der Abteilung, die da fleißig gearbeitet hat, erst jemand nachmachen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffl-Percevic

2. NT 1) Präs. 53730/2004-3

Petition an den Landesgesetzgeber zur
Erlassung eines Landessicherheits-
gesetzes

Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Gerade war diese Türe noch offen, ich weiß nicht, wer sie jetzt zugemacht hat. Es war sehr angenehm, ein durchaus frischer Wind weht da herein. Offensichtlich ist der Blumenbeziehungsweise Pflanzenschmuck ein erster Schritt und diese Flower Power hat bereits Symbolkraft. Dafür, dass wir, und ich bin ja jetzt einmal zunächst Berichterstatter mit Mehrheit, Frau Kollegin Edlinger, ich bin mir meiner Pflicht bewusst und komme ja, glaube ich, Sie werden es gleich sehen, auch hoffentlich vollinhaltlich nach. Aber das müssen Sie dann beurteilen. Der Verfassungsausschuss, der heute fortgesetzt wurde, hat in einem Stück, das heute erstellt wurde, obwohl zunächst ein anderes vorgesehen war, mit Mehrheit, ich darf sagen, auch gegen die Stimmen der Grünen und der Kollegen von der KPÖ beschlossen, an das Land mit einer Petition heranzutreten. Aus dem Motivenbericht ersehen wir, dass die Mehrheit des Ausschusses Handlungsbedarf erkennt und seit Wochen beschäftigt uns, seit Monaten, hier in Graz dieses Thema. Die Zeitungen sind voll, aber erst auf Grund der Stimmen aus der Bevölkerung, die die Politik dann aufgegriffen hat und es ist auch müßig, die Diskussionen zu führen, wer jetzt wo angefangen hat, es hat zu einer Eskalation geführt und ich darf hier schon sagen aus meiner Sicht, mir tun vor allem diese Menschen Leid, die im Mittelpunkt stehen, jetzt auch in unseren Köpfen, die ihr Leid in einer Weise der Bevölkerung zur Schau gestellt haben, dass zu so einer Reaktion führen musste. Und allein der heutige Blick hier hinunter durch diese Tür beweist, dass es auch anders geht, und ich würde mir wünschen, ohne polizeiliche Normen auskommen zu müssen, wir alle wollen uns das wünschen, aber wir wissen und da darf ich durchaus aus Jurist sprechen, obwohl dafür, für meine Ausführungen, da lege ich großen Wert, man nicht juristisch gebildet sein braucht. Denn das, was da unten erkennbar ist, beziehungsweise die

Maßnahmen, die wir beschließen wollen, die wir nunmehr vom Land haben wollen, haben auch und jede Strafnorm hat auch die berühmte Generalprävention. Gott sei Dank wirkt sie pädagogisch abschreckend und müssen daher die Strafsanktionen in aller Regel nicht zur Anwendung kommen, wir wünschen uns das und wenn allein unsere bisherige Initiative, ein Stück hat sie uns ja schon in Richtung Ziel geführt, nützt, in diese Richtung haben wir sehr viel erreicht. Denn im Leben gibt es eben unhaltbare Situationen oder unerfreuliche oft, gegen die man nichts tun kann. Es gibt aber auch solche, wo man etwas dagegen tun könnte, aber es nicht tun darf. Wir sind hier mit einer Situation konfrontiert, wo man etwas dagegen tun kann und auch dagegen tun darf, aber einige von uns nichts dagegen tun wollen (*Applaus ÖVP*), und einige wollen jegliches Tun verhindern oder zumindest verzögern, und dagegen sprechen wir uns entschieden aus. Wir freuen uns daher über Jeden, der mit uns hier mitgeht und wir werden ja sehen,...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Ist das eine Wortmeldung oder eine Berichterstattung.

Dr. **Piffl-Percevic**: ...wir haben eine Petition an das Land, wir werden sehen, wie diese aufgenommen wurde, danke für das Hölzl, wir werden sehen, wie diese aufgenommen wurde. Zum Inhalt, wir wollen ja keinen ungesetzlichen Antrag stellen, können wir Folgendes sagen: Ich war zwar eine zeitlang auch vom Land entsandt zum Verfassungsgerichtshof, ich maße mir selbst aber kein Urteil an, das ist so eine spezielle Materie und ich möchte bei allen auch im Hause danken, stellvertretend mich bedanken beim Herrn Magistratsdirektor, es war nicht einfach hier, die gesetzliche Lage einzufangen. Ich darf nur sagen, dass das, was jetzt das Land tun soll, im Prinzip die selbe Kompetenz ist, die wir zunächst vom Gemeinderat wahrnehmen wollten und dazu liegt uns heute, mit heutigem Tage ein Gutachten des Landesverfassungsdienstes vor, wo allerdings, Herr Kollege Getzinger, ich glaube Sie sprechen das an, ein Haar in der Suppe gefunden wurde. Dieses Haar in Form einer negativen Stellungnahme des Innenministeriums vor einigen Jahren für so eine

Regelung. Nur, Herr Kollege Getzinger, heute erreicht uns ein zweites Schreiben, just von diesem Ministerium und sozusagen das Haar, das, Sie haben schon Recht, in der Suppe zu finden ist, just dieses Haar wird mit folgendem Wortlaut attestiert, dass es nicht mehr drinnen ist oder wenn Sie wollen, vom Innenministerium höchst persönlich herausgezogen. Die Suppe ist daher genießbar und korrekt, ich lese Ihnen nur den letzten Satz vor: „Ich darf daher seitens des BMI diesbezüglich die Zustimmung erteilen“, gezeichnet der Leiter der Abteilung Legistik des Bundesministeriums für Inneres (*Applaus ÖVP*). Wir können daher zuversichtlich, vorausgesetzt diese Petition findet eine Mehrheit und vorausgesetzt, das Land trifft mehrheitliche diese Gesetzesregelung, wir können daher mit Zuversicht in die Zukunft blicken und mit gutem Gewissen diese Petition an das Land richten und ich würde mir das wünschen und es wird ja heute, nehme ich an, noch einige Wortmeldungen geben. In diesem Sinne stelle ich an den hohen Gemeinderat den Antrag, dieser Petition die Zustimmung zu erteilen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der sozialdemokratischen Fraktion, lieber Peter, kann man sicher nicht unterstellen, sie sind nicht bereit zu handeln und Dinge zu tun, die einfach notwendig sind, weil sie im Zeichen der Vernunft und der Maßgabe der rechtlichen Möglichkeiten obliegen. Weil wir uns auch bewusst sind, dass wir die Interessen der Grazer Bevölkerung zu vertreten haben (*Applaus SPÖ*). Die letzten zwei, drei Wochen waren sicher nicht sehr einfach, sage ich als Klubvorsitzender, weil auch mit juristischem Hausverstand man nicht weiterkommt...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: *Besser als Peter Piffl hast es gehabt, oder?*

GR. **Herper:** Naja, vielleicht habe ich es besser gehabt, möglicherweise, das wird er dann selber befinden können. Die letzten zwei, drei Wochen habe ich versucht, obwohl ich keine juristische Ausbildung gehabt habe, mich in vielen, vielen Gesprächen auf Bundes- und Landesebene mit Verfassungsjuristen, Juristen, Juristen im Haus, und ich bedanke mich insbesondere beim Magistratsdirektor Mag. Haidvogl und bei Frau Dr. Erika Zwanzger sehr herzlich für allen rechtlichen Beistand. Ich bedanke mich aber auch für die Gesprächsform, wie wir miteinander umgegangen sind, als Klubvorsitzende bei dir Hofrat Piffel-Percevic, es war wichtig, dass du deine Erfahrungen als Landesbeamter und Jurist eingebracht hast, es war mir sehr lehrreich. Ich bedanke mich bei der Elke Kahr, auf deren Initiative dieses Gespräch vergangenen Freitag der Klubobleute mit dem Polizeidirektorstellvertreter und Oberst Kemeter und ich habe noch vorgeschlagen heute, Othmar Pfeifer mit einzubeziehen neben dem Magistratsdirektor, ich glaube, es war auch sehr wissensreich und vor allem sehr informativ, ich glaube, es war ein sehr konstruktiver Dialog und ein Umgang miteinander. Es geht ja um die Deeskalierung nicht nur vor diesem Haus, es geht um die Deeskalierung innerhalb des gesamten Grazer Stadtgebietes, natürlich durch die Medienberichterstattung angeheizt, ich habe das einmal jetzt genannt kürzlich die Stunde der Populisten und Generalisten, das ist immer sehr einfach, Leute gegeneinander auszuspielen, vor allem wenn man Feindbilder aufbaut. Es geht um eine Deeskalierung auch hier in diesem Haus, auch in diesem Gemeinderatssitzungssaal, wie wir miteinander umgehen. Wir haben einen sehr konstruktiven Dialog gefunden, da bedanke ich mich vor allem auch offensichtlich von Bregenz ausgehend, vom Städtetag, in der Gemeinsamkeit von dir, Bürgermeister Siegfried Nagl, Vizebürgermeister Walter Ferk und Stadtrat Wolfgang Riedler, dass wir eine Gesprächsform gefunden haben, wie wir, glaube ich, in einem Weg der Vernunft und des Miteinander-umgehen-Könnens aufeinander zugehen können und das Vernünftige machbar zu machen. Das Wichtigste, was mir scheint, ist für uns als sozialdemokratische Fraktion das dann von der zuständigen Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl noch darzustellende Sozial- und Personalpaket. Dafür ist dir besonders, Tatjana Kaltenbeck-Michl, als Sozialstadträtin, aber auch dir, Bürgermeister Siegfried Nagl, als Personalreferent Dank zu sagen. Ich glaube, es ist ganz wichtig zu sagen (*Applaus SPÖ*), dass die Präsenz vor Ort, wie sie Tatjana Kaltenbeck-Michl mit Joe Eder und Othmar Pfeifer und vielen anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die Steigerung der

Arbeitsaktivitäten, die Wohnversorgung in der Kärntner Straße 1 plant, vorhat und schon im Laufen ist, das entscheidende Moment ist. Das entscheidende Moment ist, wie wir mit der Frage Punks, Skins, anderen Gruppen, die nicht in unserem, sozusagen, Normenbild der herkömmlichen Art vor allem umzugehen verstehen, schließlich sind wir Menschenrechtsstadt Europas als Erstes. Ich glaube, die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, unter anderem und die Möglichkeiten von dir, Herr Bürgermeister, von dir, Herr Vizebürgermeister, von dir, Herr Finanzreferent, in Unterstützung der Sozialstadträtin sind das entscheidende Moment sowohl materieller als auch personaler Art. Ich glaube, das ist für uns das Wesentliche und Wichtigere, es geht um das miteinander Arbeiten mit den Betroffenen und mit den Menschen und wie wir damit umzugehen verstehen. Die andere Frage, die sich stellt, war eine sehr heikle und sehr diffizile und keine einfache, nämlich die rechtliche und verfassungsrechtliche. Ich bedanke mich bei dir oder ich finde es doch, wenn ich das zitieren darf, Herr Bürgermeister, lieber Siegfried Nagl, wenn ich deinen Bundesparteibeamten zitieren darf, eine Abrüstung der Worte und Abrüstung der Methoden, dass die Grazer ÖVP Abstand nimmt von einer Unterschriftenaktion, dass die Grazer ÖVP nicht mehr bereit ist, auch eine Alkoholverordnung, die ja sicher nicht umsetzbar gewesen wäre, anzustreben, bereit gewesen ist weiterhin, nachdem sie hier ja Ablehnung gefunden hat, dass es auch keine Lex Hauptplatz geben darf, soll und wird und dass es auch keine Lex Punks geben soll und wird. Ich finde, das war ein sehr konstruktiver Weg, aufeinander zuzugehen und Wege zu finden, wie wir doch einen Normenkatalog zusammenzustellen vermögen auf der Basis bestehender Landes- und Bundesgesetzlichkeiten. Es hat verschiedene Auswege und Wegfindungen gegeben, das eine war das Landessicherheitsgesetz Wien, das Zweite war dann abgeleitet dann die Unfugabwehr bis wir zuletzt angelangt sind bei einer Form der Verletzung des öffentlichen Anstandes. Es gab, und das war die Grundvoraussetzung für uns darüber hinausgehend als Sozialdemokratie, dass es keine Strafbestimmungen geben dürfe neben der schon angesprochenen Situation, wobei uns vielen bewusst war, die bestehende Gesetzeslage auf Landesebene hätte schon Anlass zum Handeln immer wieder gegeben und hätte auch zu mehr Tun veranlasst, weil ja die Voraussetzungen gegeben sind. Wir haben die Beweggründe der Exekutive auch mithineingenommen, was durchaus kontroversiell war, ob es notwendig sei oder nicht. Ich habe mich dann durchaus angenähert der Frage, dass wir einen rechtlichen Rahmen setzen sollten mit dem Schwergewicht der

Sozialarbeit, wie sie von Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl forciert und dargestellt wurde und noch werden wird. Letzte Entwicklungen haben mich dann bewogen, doch einen Vorschlag gemeinsam mit unserem Parteivorsitzenden Walter Ferk, Vizebürgermeister, dem Grazer Bürgermeister vortragen zu können, was dann zu einer folgenden Vorgangsweise geführt hat: Es gibt unterschiedliche Rechtszugänge, ich sage jetzt einmal, wenn ich fünf Verfassungsjuristen frage, kriege ich drei Meinungen, ich habe den Magistratsdirektor gefragt, ich habe den Peter Piffl gefragt, ich habe den Wolfgang Riedler hier vor Ort gefragt, ich habe die Landesjuristen gefragt, ich habe auf Bundesebene im Städtebund gefragt, ich habe jetzt die Vorlagen vor mir, die von mir noch gestern in einem Gespräch mit dem Bürgermeister in Abstimmung mit Walter Ferk beim Bürgermeister eingefordert wurden, die Fragen, ist nun das vorliegende Konstrukt verfassungsrechtlich zulässig, gibt es eine Unbedenklichkeitsbescheinigung oder nicht, haben wir zu rechnen mit Einsprüchen der Bundesregierung binnen acht Wochen, haben wir mit einer Überwälzung von Kosten zu rechnen, alles Fragen, die natürlich auftauchen und die auch andere Städte betreffen, weil es ja ableitbar ist, wenn hier eine ortspolizeiliche Verordnung in Graz vollzogen wird. Unterschiedliche Zugänge, sowohl in Aussagen des Bundesministeriums, ich sage einmal auch von Seiten des Landes über das Maß des Verfassungsdienstes hinaus, haben mich in neue Zweifel stürzen lassen, ob dies alles von allen wirklich hundertprozentig getragen werden könne und ob nicht mit der Mitteilung, wir können nicht vollständig die Hand dafür ins Feuer legen, so die Aussage, und wir bewegten uns, ich sage das als Nichtjurist, auf neuem Gelände, Rechtsgelände und wir hätten eine Nulljudikatur vor uns. Was mir ein bisschen ein komisches Gefühl in der Magengrube erzeugt hat, weil ich verstehe, dass sich auf so etwas schwer einzulassen ist, ich kann mich nur vertrauensvoll an Vertrauenspersonen wenden. Ich war dann sehr erfreut und es war eigentlich der Ansatzpunkt für das Gespräch mit unserem Bürgermeister, dass wir gesehen haben, dass es ja Interessen und Bestrebungen auf Landesebene gibt, sowohl auf Regierungsebene als auch auf Fraktionsebene der Landtagsparteien, in Gespräche eintreten zu wollen, nämlich gesprächs- und verhandlungsbereit zu sein für die Vorbereitung eines Landessicherheitsgesetzes und in einem entsprechenden Unterausschuss gehen zu wollen, um einfach einen sicheren Boden zu haben und mir ist der sichere Boden lieber, sage ich ganz offen, auch als Nichtjurist und vielleicht auch als Laie beschimpft vielleicht, mir ist der sichere Boden lieber, als eine

Verordnung, die möglicherweise aufgehoben werden könnte, die Einspruch befürchten lässt und die nicht sicher ist, ob sie wirklich so hält, wie sie ist. Den selbst die von Peter Piffel dargestellte, zuletzt vorliegende Darstellung, die auch der Bürgermeister in der Pressekonferenz zu Mittag verteilt hat, die ich ja eingefordert habe seitens des Verfassungsdienstes und der zentralen Rechtsdienste des Landes, hält sich in der Möglichkeitsform. Dürfte zulässig sein, hält Abgrenzungen für nicht ganz gerechtfertigt, findet die Zuständigkeitsabgrenzung auch nicht gerade die zielführende und die Übertragungsverordnung, die auch noch vom Land zu erlassen sei, bedürfe auch jeden Fall nicht nur der Zustimmung der Landesregierung, sondern auch der entsprechenden Zustimmung der Bundesregierung. Ich finde es einen Weg der Vernunft, zumindest der Fraktionen ÖVP und SPÖ, dass wir einerseits einen solchen Weg gefunden haben, eine Petition an den Landesgesetzgeber zu richten, mit der Bereitschaft der Landtagsparteien ÖVP und SPÖ, an eine solche Materie heranzugehen, weil es ja auch andere Städte gibt, die sich mit der Problematik beschäftigen, ich erinnere an Voitsberg, Hartberg und Leoben, wo ich ähnliche Anliegen höre und die zugleich ein sehr ausgefeiltes vortreffliches qualitativvolles Sozial- und Personalpaket am Tisch haben, das schon die Zustimmung des zuständigen Ausschusses gefunden hat und das eigentlich der Kern der Materie ist. Die SPÖ ist der Ansicht, dass es besser ist, bevor wir irgendeine Quasilösung finden, auch wenn sie rechtlich jetzt abgesichert erscheint, dass wir uns auf sicherem rechtlichen Boden bewegen, dass wir die Landesparteien in die Verantwortung nehmen und dass wir vor allem ein extrem gut ausgearbeitetes Sozial- und Personalpaket hier dem Gemeinderat vorzulegen haben, das auch dann im Stadtsenat dann zur Abstimmung kommen wird. Als SPÖ-Fraktion bin ich sehr froh, dass wir diesen Weg gewählt haben, er ist ein vernünftiger Weg und er ist vor allem ein Weg, der wirklich Sicherheit vor rechtlicher Unsicherheit bietet und vor allem jener Menschen dienlich ist, die betroffen sind. Ich glaube, es ist auch ein Weg, wie man miteinander umgeht und umzugehen vermag, ohne uns gegenseitig Dinge an den Kopf zu werfen und ich glaube, es ist ein sehr konstruktiver Weg und ich bedanke mich bei den Partnerinnen und Partnern und ich finde, das ist ein Weg, mit dem wir weiter vorwärts kommen können und ich bedanke mich für den Umgang und für die Arbeit miteinander (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist es immer wieder erstaunlich, wie man Handlungsunfähigkeit schönreden kann. Karl-Heinz, ob du das jetzt als Angriff auf dich wertest oder nicht, es fällt einem schon schwer, da manchmal ruhig zu bleiben. Ich glaube, es war bereits in der so genannten Ära Hasibingl, das war zwei Jahre Hasiba, drei Jahre Bürgermeister Stingl, wo wir hier in diesem Hause erstmals den Antrag auf ein Landessicherheitsgesetz gebracht haben. Es gab einmal dieses Landstreichergesetz, wo man die Problematik, die es damals gab, ein bisschen in den Griff bekommen konnte, das war dann überholt und dann haben wir x-mal diese Anträge auf ein Landessicherheitsgesetz gestellt. Zum Teil haben wir zwar eine Mehrheit gehabt hier im Hause, manchmal nicht immer. Aber dann ist es immer daran gescheitert, dass man auf Landesebene dieses Haar in der Suppe gefunden hat, da war es offensichtlich so, dass man bei einem roten Bürgermeister ein Haar in der Suppe findet, bei einem schwarzen Bürgermeister gibt es jetzt kein Haar in der Suppe mehr, ich weiß nicht, wie ich das interpretieren soll, aber das rote Wien hat das jedenfalls schon lange geschafft, ein Landessicherheitsgesetz zu verabschieden, die ÖVP hat jedenfalls im Steiermärkischen Landtag diese Anträge der Freiheitlichen nie unterstützt. Wir werden natürlich diesem Stück zustimmen, aber Sie müssen sich hier herinnen gefallen lassen, dass es ein Abschieben der Verantwortung ist, wir hätten jetzt eine Möglichkeit gehabt, zumindest sanft zu handeln, aber zu handeln, wir haben das jetzt wieder verschoben, natürlich ist auf Sicht gesehen ein Landessicherheitsgesetz der bessere Weg, aber das eine hätte das andere ja nicht ausgeschlossen. Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt schon noch eines sagen: Karl-Heinz, du hast dich bei allen sehr bedankt für das konstruktive Klima, wir sitzen hier immer wieder und reden über die Aufgabenkritik, aber was dieser Gemeinderat an Arbeitsbeschaffung, an unnützer Arbeitsbeschaffung für die Beamten sich leistet, ich weiß nicht, wie oft diese Verordnung, 14-Mal geändert wurde, was das für ein Arbeitsaufwand ist, und wir reden überall vom Einsparen und wir beschäftigen die Beamten so sinnlos zum Teil und man sollte das nicht unterschätzen, wir haben sehr gute und sehr engagierte Kolleginnen und Kollegen in der Beamtenschaft oder in der Verwaltung, aber es ist eine Stimmung, dass wir die Menschen, die für uns arbeiten und für diese Stadt arbeiten immer mehr demotivieren. Ich bin selber aus der Beamtenschaft und ich höre das. Und das sollten wir bei allem politischen Geplänkel und bei allem Taktieren und bei aller

Handlungsunfähigkeit, die dieser Gemeinderat unserer Auffassung nach hat, nie vergessen (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Rücker:** Ich muss jetzt ein paar Stichworte aufgreifen. Das letzte Stichwort Sinnlosigkeit ist ja auch einer dieser Gründe, warum wir jetzt dieser Petition nicht zustimmen. Das zweite Stichwort viel Arbeit, ja, viel Beschäftigung, da kommt so das Bauchweh als Stichwort dazu, wenn ich euch zwei vorher zugehört habe, dann habe ich das Gefühl, mir tun weniger die Leute unten am Hauptplatz Leid, die übrigens überhaupt nicht Leid tun, sondern eigentlich eher ihr, weil ihr ja so gerungen habt um eine Lösung, die an der Situation nicht wirklich viel ändern wird..

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Falsches Mitleid.

GRin. **Rücker:** Aber man hat euch zuschauen können an der Körperhaltung, da ist viel Bauchweh dabei und viel Unsicherheit usw. schwieriger Prozess, das sehe ich, aber ich möchte einfach, um zu dieser Deeskalierung, um hier beizutragen, denke ich, möchte ich ein paar gute Aspekte, die diese Sache doch hatte, auf den Tisch legen. Das eine ist, in diesem Haus haben sich womöglich einige das erste Mal mit Menschen unterhalten, die nicht ihre Lebensform haben, das ist einmal ein großer Erfolg, das hat lange gedauert. Manche haben es bis zum Schluss nicht geschafft aber doch einige haben sich mit etwas auseinandergesetzt, was ihnen bisher sehr fremd war, ein positiver Effekt. Ein weitere positiver Effekt ist der, dass hingeschaut wurde, welche Arbeit auf diesem Platz, auf diesem Hauptplatz schon seit einigen Jahren passiert unter sehr schwierigen Bedingungen und den sehr knappen Ressourcen, dass das einmal gesehen wird, dass das auch anerkannt wird, dass dieser Blick geschärft wird, dass da sehr wohl passiert und dass nicht jahrelang gar nichts passiert ist. Der dritte positive Aspekt ist, dass es ein Sozialpaket gibt, das leider geschmälert durch die Verkürzung auf das halbe Jahr, das jetzt vor uns liegt,

aber doch immerhin eine Anstrengung heißt in Richtung Sozialarbeit, weil solche Fragestellungen eben nicht juristisch, legistisch, kriminalistisch zu lösen sind, sondern eben nur mit einem langen Atem im Bereich der Sozialarbeit und letztlich sind sie nicht so zu lösen, wie gestern im Sozialausschuss öfters gekommen ist, dass sich die Punks bessern usw. das ist nicht machbar. Wir leben in einer Stadt, wir leben nicht in der Provinz, Herr Pelinka hat uns das auch am Städtetag sehr schön gesagt, dass, wer die Harmonie sucht, in einer Stadt nichts verloren hat, die, die beim Städtetag waren, können sich vielleicht daran erinnern, wir leben in einer Stadt, wir leben in einer mitteleuropäischen, durchschnittlichen Stadt, da werden wir gewisse Probleme nicht aus der Welt schaffen, indem wir unsichere bis sichere Rechtsgrundlagen schaffen. Also von dem her gibt es positiv, es gibt ein Sozialpaket, das etwas aufgestockt wurde, es gibt eine Diskussionskultur, die nicht ganz vergiftet ist, kann man sehr wohl sagen und es gibt vielleicht endlich ein Weggehen von dieser Prima causa, es gibt andere Fragestellungen, die diese Stadt vielmehr bewegen müssten, weil das ist nicht unser Hauptproblem in Graz (*Applaus Grüne*).

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! In der Diskussion um die Punks am Grazer Hauptplatz ist erfreulicherweise eine gewisse Versachlichung in der politischen Diskussion eingetreten und das ist auch gut so. Unser Vorschlag einer Gesprächsrunde letzte Woche wurde auch sofort aufgegriffen, und durch das Bemühen von den Klubobleuten Herper und Piffel-Percevic wurde sie auch noch erweitert durch den Magistratsdirektor, durch den Polizeidirektor und durch einen Vertreter, Herrn Pfeifer, vom Sozialamt. Für unsere Fraktion war diese Gesprächsrunde durchaus dienlich und auch sehr aufschlussreich. Regeln, die das Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt festlegen, muss es geben. Wenn sie verletzt werden, das heißt, wenn jemand eine andere Person attackiert oder beschimpft, dann hat die Polizei jetzt schon eine gesetzliche Handhabe und einen gesetzlichen Rahmen, wo sie einschreiten darf. Deshalb braucht es keine neue Verordnung, höchstens mehr Personal bei der Polizei, um auch, wenn es schon Regelverletzungen gibt, wie wir heute schon vorher bei den Dringlichkeitsanträgen gehört haben, auch wenn es zum Beispiel darum geht, die Sperrstunden bei Gastgärten einzuhalten, weil auch das ist eine Regelverletzung (*Applaus KPÖ*). Ich

bin froh, und das hat auch diese Gesprächsrunde mit dem Polizeidirektor ergeben, dass er festgestellt hat dort, dass die Hauptaufgabe der Polizei darin liegt in erster Linie in der Kriminalbekämpfung und dass sie nicht vorhaben und auch nie gemacht haben, mit Kanonen auf Spatzen schießen. Für diese Feststellung bin ich sehr dankbar und froh, weil, wie Sie selbst wissen, meine Damen und Herren, es Zeiten gegeben hat, wo das nicht selbstverständlich war. Auf die oft erwähnten und geäußerten Feststellungen in den letzten Wochen, dass die Punks das Stadtbild in unserer Stadt stören, kann es für meine Fraktion und wird es von meiner Fraktion darauf nur eine Antwort geben, Menschen können überhaupt nie ein Stadtbild stören. Auch kann das Sicherheitsgefühl der knapp 230.000 Grazerinnen und Grazer wohl nicht von zwei Dutzend Personen in unserer Stadt wirklich gefährdet werden und verletzt werden. Dass das Sicherheitsgefühl für viele Grazerinnen und Grazer beeinträchtigt ist, ist richtig, die Gründe dafür sind aber auch vielfältig und wer hier einfache Antworten parat hat, macht sich meistens nicht die Mühe, nach den Ursachen von Missständen zu suchen. Die gesellschaftliche Entwicklung und die soziale Situation in unserem Land und auch in unserer Stadt trägt seit vielen Jahren dazu bei, dass Menschen verunsichert sind. Die Hoffnung, dass es besser wird, ist aus objektiven und auch aus subjektiven Gründen bei vielen Menschen nicht mehr so da und das trifft vor allem auf Jugendliche in unserer Stadt zu, deshalb ist es wichtig, ihnen das Gefühl zu geben, dass sie gebraucht werden, dass ihre Meinung gefragt ist und vor allem, ihnen die Chance auf eine sinnvolle und sichere Arbeitsstelle zu geben. Wir dürfen die Probleme nicht verdrängen, wir dürfen die Folgen von Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft nicht aus unserem Gesichtsfeld verbannen. Sie sind deshalb nicht vom Tisch, deshalb ist es wichtig, dass hier alle Fraktionen im Haus dafür Sorge tragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität wieder zu fördern und dafür auch Initiativen zu setzen. Deshalb wird meine Fraktion dem Sozialpaket für die Betreuung der Punks im öffentlichen Raum selbstverständlich zustimmen, uns tut es eigentlich Leid, dass wir das heute hier nicht im Gemeinderat in dem ursprünglich uns vorgelegten Stück beschließen können. Ich hoffe, dass es nächste Woche im Stadtsenat dazu einen einstimmigen Beschluss geben wird, der Verordnung und auch dieser Petition jetzt an das Land Steiermark werden wir nicht zustimmen. Ich möchte aber noch im Namen meiner Fraktion mich bei allen trotzdem für das Gesprächsklima bedanken

und vor allem den Mitarbeitern des Sozialamtes, die in den letzten beiden Jahren hier gute Arbeit geleistet haben, danken (*Applaus KPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Herr Bürgermeister, wertete Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich schon bei diesem Tagesordnungspunkt vorweg einstimmen für den Bericht dann über die Maßnahmen, die wir setzen werden im Sozialbereich und möchte vorweg schicken, dass ich mir, auch wenn es manchmal anders ausschauen mag oder anders dargestellt wird, der Problematik der Situation natürlich durchaus bewusst bin. Dass das der Fall ist, zeigt ja auch die Tatsache, dass wir bereits seit 1. März dieses Jahres mit einer gewissen Vorbereitungszeit die vorgeschaltet war, natürlich ein Beschäftigungsprojekt für die Gruppe am Hauptplatz haben, dass wir bereits Wohnversorgung geschaffen haben und dass wir sehr, vor allem meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialamt, sehr intensives Sozialangebot schon bisher gesetzt haben. Und ich will nichts herunterspielen, weder die Tatsache, dass es Menschen gibt, die sich durch die auffällige und andere Inszenierung und das ungewöhnliche Erscheinungsbild der Punkszene verunsichert fühlen und ich glaube auch, dass es gut und richtig ist, Überlegungen anzustellen, wie wir Verunsicherungen und wie wir Ängste reduzieren können. Worin wir uns ein bisschen in den Diskussionen, also ein bisschen, manchmal mehr, manchmal weniger, unterscheiden, ist die Beantwortung der Frage, wie kann man das Sicherheitsgefühl von Menschen heben. Ich bin auch dafür, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger an Regeln des Zusammenlebens halten und ich bin natürlich dafür, weil das ja Teil unseres Rechtsstaates ist, dass Regelverletzungen, Verletzungen unserer gesetzlichen Grundlagen auch sanktioniert werden. Ich bin allerdings immer davon überzeugt gewesen, dass die derzeitigen gesetzlichen und Verordnungsinstrumente dafür ausreichend seien. Die Prüfung durch das Land wird ja dann ergeben, ob diese Positionierung hält oder nicht. Bin allerdings auch dafür, dass dieses Bekenntnis dazu, dass Regelverletzungen grundsätzlich nicht zu rechtfertigen sind, für alle in dieser Stadt gelten muss. Das gilt natürlich ebenso für, haben wir heute schon öfter davon gesprochen, für jene, die sich im Uni-Viertel betrinken und dann alles Mögliche dort aufführen, das gilt natürlich genauso für die Fußballrowdys und alle anderen, die halt manchmal über die Stränge schlagen. Ich möchte aber, ich denke, dass das gut

ist, immer wieder zu tun, daran erinnern und es ist heute schon mehrmals gesagt worden, Graz ist eine Menschenrechtsstadt und wir sind mit Recht stolz darauf, weil das ja auch ein international anerkannter Titel ist. Wir wissen einerseits wir haben noch sehr viel Menschenrechtsbewusstsein zu lernen, aber wir wissen auch, wir haben uns diesen Titel verdient und wir tragen ihn zu Recht, denn wir haben, so nehme ich es jedenfalls wahr, eine gute und lange Tradition, darin unterscheiden wir uns möglicherweise auch von anderen Städten, wie wir mit sozialen Herausforderungen und mit sozialen Problemen umgehen. Ich erinnere nur an zwei Beispiele, ohne jetzt gleich wieder die Diskussion dazu sozusagen anfachen zu wollen, aber ich sehe es jedenfalls so, die Mehrzahl der Grazer und Grazerinnen weiß nach langen Phasen kontroversieller Diskussionen in der Öffentlichkeit und hier im Haus, die wir dazu geführt haben, dass die Bettler, die auf unseren Straßen jetzt betteln, dies tun, weil sie das Wenige, was sie bekommen, brauchen, um überleben zu können. Die Mehrheit der Grazer und Grazerinnen bekennt sich dazu, dass das Gesicht der Armut in dieser Stadt auch gesehen werden darf und dass die Armen einfach in unserer reichen Gesellschaft mitleben sollen. Ich erinnere an ein zweites Beispiel, wir haben gemeinsam mit Pfarrer Pucher schon vor zehn Jahren das Vinzidorf geschaffen, damals eine Initiative auch unseres damaligen Bürgermeisters Alfred Stingl und es ist dies, so sehe ich jedenfalls, mit der gemeinsamen Unterstützung, unserer gemeinsamen und finanziellen Unterstützung dieser Stadt, auch ein gemeinsames Bekenntnis dazu, dass auch jene, die den Herausforderungen ihres oft schwierigen und extremen Lebens nicht gewachsen sind, auch ein Recht auf Menschenwürde haben und es ist dies ein Bekenntnis dazu, dass diese Gesellschaft, Pfarrer Pucher hat es einmal so formuliert und mir gefällt diese Formulierung sehr gut, auch gelernt hat, mit dem so genannten hässlichen, wie wir manchmal dazu sagen, vermeintlich oder tatsächlich selbst verschuldeten Gesicht von Armut und Draußensein umzugehen. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Tatsache ist, es hat uns ausgezeichnet, dass wir letztendlich immer konsensuale Lösungen und zwar soziale, für soziale Herausforderungen gefunden haben. Natürlich hat es auch immer andere Bestrebungen und andere Zugänge dazu gegeben. Es hat immer schon gesellschaftliche Gruppierungen gegeben, mehr oder weniger mächtige, die Randgruppenphänomene benützt haben, um politisches Kleingeld daraus zu schlagen, es hat immer Medien gegeben, die Empörung inszeniert haben und es hat immer jene gegeben, die, aus welchen Gründen auch

immer, ihre Stimme gegen solche Tendenzen nicht erheben wollten oder nicht erheben konnten, aber es hat, und darauf können wir, denke ich, stolz sein, eben immer auch in dieser Stadt eine laute und sehr laute Stimme gegeben, sich gegen Ausgrenzung und gegen Vorteile und gegen Südenbocktheorien sozusagen erhoben hat. Deshalb meine ich, sind wir vor allem auch Menschenrechtsstadt und es stellt sich für mich daher die aktuelle Frage, wo stehen wir jetzt und heute und welchen Weg wollen wir gerade angesichts dieses Bewusstseins vor dem Hintergrund der Menschenrechtsstadt in Zukunft gehen? Und ich als Sozialpolitikerin bin jedenfalls dafür, jenen Weg weiterzugehen, der uns ausgezeichnet hat, das heißt für mich, und ich möchte jetzt wirklich nicht missverstanden sein, ich möchte nicht belehrend sein, ich will auch nicht unterrichten, ich will nur zum Ausdruck bringen dürfen, was ich für wichtig halte und was mich bewegt und was mich manchmal auch übers Ziel schießen lässt, dafür entschuldige ich mich. Ich denke erstens, wir sollten nicht vergessen, wenn wir von den Punks reden, reden wir von einer Szene, die es auf der ganzen Welt gibt und die überall ihren Platz hat, vielleicht kann man mir die Fotos da hergeben, das sind Fotos, die ein Caritasmitarbeiter mir zukommen hat lassen, aufgenommen vor vier Wochen auf einer Dienstreise, die er gemacht hat, das ist die Punktszene in der Metropole, der Tourismusstadt oder eine der Tourismusstädte Europas, Trafalgar Square London. Am Denkmal sitzend, das ist die Punktszene am Picadilly Circus in London, ich denke, Sie können es alle gut sehen, das ist die Punksszene in Plymouth, irgendwie schauen sie natürlich alle überall gleich auch, das ist die Punktszene in Hannover und ich hätte noch einige andere Fotos, und Paris. Und ich möchte vor allem auch sagen, und das klingt möglicherweise banal, aber das soll es nicht sein. Ich möchte daran erinnern, wenn wir von Punks reden, dann reden wir von Menschen und wir reden vielfach von Menschen, die von Klein auf die gleichen Bedürfnisse schon gehabt haben, wie wir sie alle hier herinnen haben. Bedürfnisse nach Zuwendung, nach Aufmerksamkeit, nach Respekt, nach Anerkennung, nach Drinnensein, nach Geborgenheit, nach Familie, nach Heimat, wie immer wir das bezeichnen wollen, sie haben nur sehr häufig viel weniger Chancen gehabt auf Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Sie sind vielfach zu kurz gekommen und viele von ihnen hatten in ihrem Leben fast überhaupt keine Chancen oder gar keine Chance und viele, und manche von ihnen haben die Chancen, die sie vielleicht hatten und die Türen, die sich ihnen geöffnet haben, einfach nicht betreten können und in Anspruch nehmen können aufgrund ihrer persönlichen Situation. Und

selbstverständlich, wenn wir von diesen Menschen reden, gilt es zu sagen, sie haben natürlich auch die gleichen Pflichten, sich an bestehende Gesetze zu halten. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass sie vor allem auch die gleichen Rechte haben und haben müssen, wie alle Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt, zum Beispiel das Recht auf den öffentlichen Raum. Und ich bin von einem überzeugt, wir können nicht die Rechte einer Gruppe einschränken, ohne die Rechte aller einschränken zu wollen. Das muss uns zumindest bewusst sein und ich möchte daran erinnern, dass wir, ich jedenfalls möchte für mich sehr achtsam sein, um zu schauen, ob wir nicht da und dort ein Stück Demokratieverlust in Kauf nehmen, weil wir glauben, dass wir damit eine Situation lösen können, von der ich überzeugt bin, dass es die Lösung, die sich manche wünschen, nämlich, dass die nicht mehr da sind und nicht mehr sichtbar sind, nicht gibt. Und ich möchte zum Schluss noch sagen, ich denke, wir sollten ehrlich in den Spiegel schauen und uns fragen, welche Bedingungen in unserer Gesellschaft fördern Randgruppenbildungen? Welche Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Lebenschancen lassen wir zu und was braucht es, wenn wir es ernst meinen damit, dass wir Menschen wirklich in die Mitte holen wollen? Und ich möchte die kritische Frage stellen, wie berechtigt ist es und was berechtigt uns, von Kindern und Jugendlichen, und da denke ich zum Beispiel an die vielen Jugendlichen in unserem Land, die keine Chance auf einen Job haben, weder auf eine Lehre noch auf Anlernen und auch nicht auf weiterbildende Maßnahmen, von diesen Anpassungen an eine Gesellschaft zu verlangen, die ihnen von Anfang an zu wenig oder keine Möglichkeiten gibt? Was wir produzieren mit der zunehmenden Vorherrschaft der Ökonomie vor den menschlichen Grundbedürfnissen ist die Tatsache, dass immer mehr Menschen Druck erleben, immer mehr Menschen Versagensängste haben, immer mehr Menschen keine Hoffnung und keine Perspektiven auf Zukunft sehen und dass es immer mehr Widerstand und Protestpotential in dieser Gesellschaft geben wird und ich frage mich, und jetzt bin ich wirklich am Schluss, wenn der Protest angesichts der zunehmenden Verelendung immer größerer Gesellschaftsgruppen von immer mehr Menschen eines Tages immer größer wird, was werden wir dann tun, um diesen Protest, die die ihn tragen, zu vertreiben aus dieser Stadt und aus dieser Gesellschaft. Ich bin jedenfalls dafür, dass wir die mühsam errungenen und immer wieder gefährdeten Werte unserer pluralistischen, offenen und demokratischen Gesellschaft hoch halten und verteidigen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf noch einen Punkt aufgreifen von der Gemeinderätin Rücker. Sie hat gesagt, sie möchte das Wort Sinnlosigkeit heute hier vielleicht verstärkt einmal zur Diskussion stellen. Diese Sinnlosigkeit hat mich dazu inspiriert, drei Sichtweisen Ihnen noch darzulegen. Das, was Kollegin Kaltenbeck-Michl gesagt hat, kann man darunter subsumieren, dass viele Menschen dieses Thema Sinnlosigkeit leider auch ausleben. Sie haben keinen Sinn mehr und sehen keinen Sinn, auch nicht darin, wie unsere Gesellschaft gerade existiert oder ist, und ich respektiere auch diese Menschen. Das, was ich in den letzten Wochen und Monaten allerdings auch immer wieder eingefordert habe, auch von diesen Menschen, ich spreche nicht von Punks, ich spreche bewusst von Menschen, ist das, wenn sie auch manche Rechte einfordern, sich durchaus bewusst werden sollen, dass es Pflichten gibt, ich habe die Fotos jetzt nicht erkennen können, aber es ist nicht darum gegangen und ich wiederhole das heute noch einmal, ob jemand gelbe, grüne oder rote Haare hat, es ist nicht darum gegangen, wie sich jemand kleidet, es ist, und da ist Empörung nicht nur inszeniert worden. Es ist darum gegangen, welches Verhalten sie an den Tag gelegt haben und mir ist es unter anderem auch darum gegangen, durchaus bewusst hinzuschauen, weil da komme ich zur Sinnlosigkeit oft in unserer Gesellschaft und das, was man generell Leben nennt, es gärt irgendwo im Untergrund und solche Zeiten haben wir in der Geschichte vielleicht manchmal auch falsch durchdacht, es gärt, die Menschen wollen sich artikulieren, sie sagen nichts, in Wahrheit kocht es aber bei vielen. Und mir ist lieber, man macht einmal dieses Ventil auf, vielleicht auch nur für kurze Zeit und das war bei manchen Themen und sie sind heute angeschnitten worden, ob unsere Grazer Sonderszene damals war, ob es andere Bereiche waren, da ist dieses Ventil aufgemacht worden und vielleicht habe ich ein Ventil aufgemacht und muss mir heute auch von vielen auch vorwerfen lassen bis hin zu einem Interview gestern von einer Wiener Journalistin, die vom ORF gekommen ist, und mich gefragt hat, ob das stimmt, dass ich am Rathausbalkon gestanden bin und hinuntergebrüllt habe, dieses Gesindel gehört eingesperrt. Sie haben jetzt drüber gelacht, aber es ist ein bisschen das, wie es da zugeht und da muss man manches aushalten, auch ich, aber ich bin ganz bewusst diesen Weg jetzt auch gegangen, auch wenn er für manche übertrieben und zu hart erscheint, wir haben aber auch, und das sage ich auch namens meiner Fraktion, immer dazu gesagt, dass wir alle Sozialmaßnahmen ergreifen und mittragen wollen, wenn sie Sinn machen und wenn sie auch wirklich wirken. Und deswegen haben wir vor, das,

was wir heute auch nur als Informationsstück vorbereitet haben und auch heute noch hier vorgetragen bekommen werden, ernsthaft umzusetzen, aber ich glaube, dass zum Schluss für die Menschenrechtsstadt Graz das Positive überbleiben wird. Wir haben das Thema angepackt in anderen Städten und der Kollege Vizebürgermeister Ferk und ich haben das durchaus von so manchem Bürgermeister gehört, gibt es auch die Probleme, es wird nicht thematisiert, man versucht, sich mit den Gesetzen, die da sind, zu helfen und man gibt klare Befehle und es passiert auch. Dort wird wirklich nur verdrängt, bei uns wird nicht nur verdrängt, bei uns wird auch nicht zugeschaut und das ist das, was ich mir wünschen würde, weil es ist auch diesen jungen und manchmal auch schon älteren Menschen nicht geholfen, wenn hinter ihnen als Aufpasser ein fleißiger Sozialhelfer steht, der manchmal auch schon nicht mehr weiß, wie er tun soll, ein Polizist steht, der auch nur eigentlich Angst davor hat, diesen Ermessensspielraum, der im gesetzlichen Bereich noch geblieben ist, zu nutzen. Vielleicht dann auch noch einer unserer Reinigungsgruppe hinter ihm steht und wir zuschauen, bis die zwei Promille da sind. Auch ich weiß, dass die rund 20 Punks und Menschen aus Graz durchaus in unserer Betreuung, und das muss ich dazunehmen, wie der Versuch unternommen wird, sie in unsere Gesellschaft einzugliedern, so wie sie es wollen, aber durchaus auch mit Spielregeln und ich habe mir die Modelle genau angesehen, auch für mich das erste Mal in meinem Leben, wie das Sozialamt bestrebt ist und die Sozialhelfer bestrebt sind, sie aus der Wohngemeinschaft langsam wieder in Zimmer und vielleicht in eigene Wohnungen zu bringen und vieles mehr. Ich habe dabei auch viel gelernt und das wollte ich an diesem Tag heute sagen. Ich halte es für nicht sinnlos, dass wir dieses Thema diskutieren, ich halte es nicht für sinnlos, auch wenn es vielleicht Geld kosten mag, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den einen Antrag rauf und unterschreiben. Ich würde mir auch wünschen, dass man manches schneller angeht und ich habe ein bisschen den Eindruck gewonnen in den letzten Wochen, wir hätten, wenn wir es so intensiv diskutiert, nicht diskutiert, sondern gleich angepackt hätten, uns so manches sowieso ersparen können, weil ich glaube auch nicht, und ob das jetzt Flowers oder Powers oder sonst was ist, das sind jetzt im Moment Lorbeerbuschen, weil wir nichts anderes gehabt haben, wenn Sie so wollen, war das die letzte Maßnahme, die mir überhaupt noch eingefallen ist, nachdem man zu einer Verordnungsgeschichte nicht gekommen ist. Und die Sozialmaßnahmen, die wir bisher gemacht haben, haben zwar gegriffen, aber sie haben nicht so gegriffen, dass

es weniger geworden wäre, sondern es ist mehr geworden. Ich halte das in keiner Form für sinnlos, sondern ganz im Gegenteil, es macht so eine Diskussion unheimlich Sinn. Das haben wir anderen Städten durchaus jetzt auch voraus. Eines, und deswegen habe ich heute auch wieder gesagt, wir sind gesprächsbereit, auch als ÖVP, Alkoholverbot hin oder her, Sitzverbot dort oder da, mich rufen ja mittlerweile die Bürgermeister nicht nur aus der Steiermark an und sagen, wie habt ihr das gemacht, wir haben diese Problematik auch und die bekommen von mir jetzt nicht den Hinweis, man macht das nur mit Polizei, sondern wie in allen anderen Bereichen auch mit Prävention, mit der speziellen Betreuung all jener, die in ihrem Leben vielleicht eine Sinnlosigkeit erkennen, ich glaube sogar, dass nicht einmal alle Punks das als sinnlos betrachten, sondern das ist deren Lebensform und das wollen sie tun. Aber ich habe immer nur gesagt, wer sich dann auch das Recht herausnimmt, von dieser Gemeinschaft und von dieser Gesellschaft auch betreut zu werden, versorgt zu werden, der möge dann auch bitte versuchen, die Spielregeln einzuhalten und zu den Spielregeln und zu den Normen möchte ich auch eines sagen, weil wir in der vergangenen Woche diesen Landesexekutiv- und Sicherheitstag da in der Steiermark hatten und es war da, und wer dabei war, war wahrscheinlich genauso betroffen wie ich, der Europol-Sicherheitschef, der Direktor von Europol der uns ein bisschen Einblick gegeben hat in all das, was uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten betreffen wird, da kriegt man Gänsehaut, da schläft man schlecht und was da auf uns zukommt, ist nicht mit dem vereinbar, was wir oft diskutieren. Nämlich kann man den Menschen die Rechte noch weiter immer wieder versprechen und zusagen, das noch eine Ausweitung gibt, das es jeder seinen Freiraum hat und auf der anderen Seite als Politiker aber auch gleichzeitig versprechen, wir werden für mehr Ordnung und mehr Sicherheit sorgen. Das sind divergierende Ziele für mich im Moment und da muss man sehr vorsichtig sein, was wir wollen und was wir tun, weil sonst schmettern wir die Leute an und dann werden wir immer diese Konfliktsituationen haben. Ich habe gesagt, ich nehme es gerne, wenn die Chance da ist, zum Landessicherheitsgesetz zu kommen, auf. Wir haben, und das ist unser Problem in der Kommunalpolitik, und das müssen wir verstärkt den Menschen sagen, all jene politischen Entscheidungsträger, die auf der Welt, auf der europäischen, auf der Bundesebene, manchmal auf der Landesebene sitzen, sind schon so weit weg vom Menschen, dass sie Verordnungen, Regelungen, Gesetze erlassen, die Grenzbereiche offen lassen und da muss man nachjustieren, da muss

man manchmal auch schauen, ob man das eine oder das andere wieder hineinnimmt und um das geht es jetzt auch in diesem Landesgesetz und es geht darum, unsere Exekutive, und dabei bleibe ich bitte auch, unserer Exekutive auch eine Anleitung zum Handeln zu geben. Weil für unsere Polizisten und Polizistinnen in dem Job ist es bitte nicht mehr leicht, die wollen den Freiraum gar nicht, es ist so grotesk, wenn du dich mit ihnen zusammensetzt, sagen die oder du sagst ihnen, es gibt viele, auch in der Politik, die haben Angst vor dem Polizeistaat, die wollen euch nicht noch mehr Rechte einräumen und die Polizei sagt manchmal, mit dem haben wir sogar ein Problem, am liebsten hätten wir Punkt für Punkt schriftlich genau alles, und das führt ja in Österreich und auf der ganzen Welt dazu, dass dauernd Gesetze gemacht werden, immer feiner, immer detaillierter und trotzdem bleiben immer wieder Löcher und Schlupflöcher offen. Und daran erkennt man auch, dass die Polizei bei uns überhaupt keine Lust mehr hat, irgendwo beim UVS wieder anzutreten, irgendwo ein Disziplinarverfahren angehängt zu bekommen, sich irgendwo in eine Verwaltungsgerichtshofentscheidung wieder einzubringen und auszusagen, sondern die versuchen, damit auch umzugehen und das, was wir wollten, ist, dass wir beiden, unseren Sozialhelfern und unseren Polizisten und Polizistinnen, die jeden Tag diesen Job machen, jeweils mehr Werkzeuge in die Hand zu geben, dass sie damit umgehen lernen. Und ich glaube, deswegen ist es nicht sinnlos, was wir da getan haben, es bleibt zu hoffen, dass das, was wir als Petition heute beschließen, von den Verantwortlichen im Land, die eine gesetzgebende Körperschaft sind, wir sind es nicht, wir haben einen Notbehelf, das war die Verordnung und ein besonderer Notbehelf, das waren Pflanzen; ich wünsche mir nur, dass wir am Hauptplatz überhaupt einmal zu mehr Pflanzen kommen, ich glaube, da gibt es gerade eine Überlegung und das muss dann nicht mehr so sein, dass dieser Brunnen nicht zugänglich ist. Aber ich sage noch einmal, es war ein Notbehelf von mir, weil diese Empörung nicht nur inszeniert war, sondern auch von vielen Menschen mir gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich glaube, wir gehen einen guten Weg, ich hoffe, dass im Land Steiermark auch schnell gearbeitet wird, damit wir dieses OK bekommen, dieses eine Werkzeug und das andere Werkzeug, werden wir umsetzen. In diesem Sinne ist es für heute durchaus ein sehr positiver Beschluss, den wir heute fassen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich mache es ganz kurz. Aber ich muss auf etwas reagieren, was du in deinen Worten, weil ich sagen muss, ich teile vieler deiner Ansichten in dem Zusammenhang nicht, aber eines muss jetzt gesagt sein, du hast einen Gegensatz aufgebaut, der gelautet hat, wer glaubt, dass mehr Freiheit und mehr Sicherheit gleichzeitig gehen, der täuscht sich; oder mehr Freiheit und mehr Sicherheit sind ein Gegensatz, das wäre deiner Meinung nach so. Ich glaube das nicht, die Gegensätze sind nicht Freiheit oder Sicherheit, sondern die Gegensätze sind Sicherheit und Armut, und dagegen haben wir zu kämpfen, daher glaube ich, dass wir grundsätzlich da unterschiedlicher Meinung sind (*Applaus SPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, damit ich da nicht missinterpretiert werde. Ich habe gesagt, dass wir auf der einen Seite permanent über Menschenrechte richtigerweise auch diskutieren und den Menschen den Eindruck vermitteln, es gibt eine uneingeschränkte Freiheit für jeden Einzelnen von uns und auf der anderen Seite kommt ein Bedrohungsszenario, aber auch wirkliche Bedrohungen auf uns zu, die uns dazu zwingen werden, Maßnahmen zu ergreifen, die mit dieser Freiheit wahrscheinlich, ich kann es mir noch nicht vorstellen, ich würde mir ein Bild wünschen, nicht so zusammenpassen. Ich habe deswegen nicht die Armut und Sicherheitsdiskussion gemeint, sondern genauso, wie ich jetzt gesagt habe (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: StRin. Kaltenbeck-Michl

2. NT 2) A 5 – 54999/04-1

Betreuung der Punks im öffentlichen Raum; Steigerung des Sicherheitsgefühls der Grazer BürgerInnen

StR. **Kaltenbeck-Michl**: Herr Bürgermeister, wert Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es jetzt kurz machen, weil ich ja einiges schon vorweg gesagt habe. Konkret geht es in diesem Informationsbericht darum, dass wir das, was wir bisher jetzt schon angeboten haben, nämlich die Präsenz vor Ort, Arbeitsaktivitäten und die Wohnversorgung der Punks sozusagen ausweiten wollen. Bei der Präsenz vor Ort steht natürlich im Vordergrund die zivile Intervention für ein friedliches Miteinander der unterschiedlichen Gruppen im öffentlichen Raum unter besonderer Berücksichtigung der unterschiedlichen Befindlichkeiten in der Grazer Bevölkerung und bei den Grazer Bürgern und Bürgerinnen. Konkret wollen wir ausbauen die Präsenz durch eine stundenweise Unterstützung bei der Betreuung vor Ort durch SozialarbeiterInnen, Zivildieners, MitarbeiterInnen auf Werkvertragsbasis, StudentInnen, PraktikantInnen zum Beispiel des Fachhochschullehrganges Sozialmanagement. Wir schlagen vor, den Einsatz eines weiteren Diplomsozialarbeiters, zusätzlich zur Sprengelsozialarbeit den Einsatz eine weiteren Zivildieners. Uns scheint es auch sinnvoll, die BetreuerInnen vor Ort als Ansprechpartner, Betreuer, zum Beispiel durch Magistratesticker erkennbar zu machen, damit Menschen, die einfach was anbringen wollen, Bürger und Bürgerinnen, die was anbringen wollen, was fragen oder auch bitten, Beschwerden oder was immer, wissen, an wen sie sich wenden. Zweitens geht es um die Steigerung der Arbeitsaktivitäten, wir haben sehr bald schon gesehen, dass von diesem Angebot der niederschweligen Beschäftigung im öffentlichen Raum sehr gut Gebrauch gemacht wird und dass es eigentlich darum ginge, dieses Angebot auszuweiten. Konkret denken wir daran, Menschen eben, da geht es ja nicht nur um die Punks, sondern auch andere Menschen, die am ersten Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können, durch weitere Arbeitsaktivitäten einzubauen, zum Beispiel durch das Einbinden der Zielgruppe in Umweltschutzprojekte, beim Reinigen der Grazer Bäche, Arbeitsfelder in Parkanlagen, Reinigung von Spielplätzen, Integration in bereits bestehende Arbeitsprojekte usw. Und zum Dritten geht es um den Ausbau der Wohnversorgung, das Sozialamt hat wie bekannt, bereits Teilbereiche des Objektes Kärntner Straße 1 für die Wohnversorgung der Punks angemietet. Wir sind jetzt in der Situation, dass zwei weitere Wohnungen frei werden, zwei Hauptmieter ersatzwohnversorgt werden, sodass uns ab Juli oder August das gesamte Objekt zur Verfügung steht, das halte ich überhaupt für das Vordringliche. Erste Stufe sozusagen, und Basis muss sein, dass die Menschen wohnversorgt sind,

dann dass sie Beschäftigung finden und natürlich auch, dass sie Ansprechpartner und Bezugspersonen haben durch soziale Betreuung. Das Haus Kärntner Straße hat auch den Vorteil, dass wir im Keller einen Raum anmieten können für verschiedene Aktivitäten, Freizeitaktivitäten und einen Proberaum für Musik, weil es, wie immer, in jeder Punkszene natürlich auch Musiker gibt, Musikerinnen, die bis jetzt eigentlich nirgends die Möglichkeit haben, ihrer Kunst nachzugehen. Konkret wird die finanzielle Vorsorge dafür, also die Aufwandsgenehmigung dafür in der nächsten Stadtsenatssitzung, also morgen in einer Woche, erfolgen, ach ja, dann habe ich noch vergessen, wir streben auch an und werden durchführen eine Feldstudie zu den zwei Bereichen Hauptplatz und Jakominiplatz, die natürlich dann beinhalten muss als Conclusio Vorschläge für Unterstützungsmaßnahmen, und die Finanzierung erfolgt durch das Zusammenwirken vieler in diesem Haus. 10.000,- Euro kommen aus dem Umweltreferat, Stadtrat Riedler hat Unterstützung von 30.000,- Euro zugesagt aus den Verstärkungsmitteln, vielleicht finden wir auch noch Umschichtungsmöglichkeiten bei mir. Landesrat Flecker hat 20.000,- Euro zugesagt für das Beschäftigungsprojekt und der Herr Bürgermeister als Personalreferent hat zugesagt, dass er ganz rasch, ich glaube, du hast gesagt, ganz rasch, für die Werkverträge sorgen wirst. Ich möchte nur noch zum Abschluss sagen, weil natürlich die Frage sein wird, wann ist dieses Projekt erfolgreich. Ich definiere den Erfolg nicht an der Frage, ob es die Punkszene noch geben wird oder nicht. Es wird sie weiter geben, hier und weltweit und ich definiere die Frage des Erfolgs oder den Maßstab des Erfolgs an der Frage: Was hat sich für die betroffenen Menschen verändert? Haben sie ein Stück mehr Sinn in ihrem Leben finden können, ein Stück mehr Anerkennung durch uns, wobei ich dem Herrn Bürgermeister nicht Recht gebe, wenn er formuliert, es gibt ein sinnloses Leben, es gibt kein sinnloses Leben, die haben nur das Problem, ihren Sinn zu finden und wenn sie ein Stück näher sozusagen in unsere Mitte rücken und wenn wir das Abdriften weiterer an den Rand verhindern können, dann ist das ein erfolgreiches Projekt. Auf diesen Erfolg hoffe ich mit Ihnen und mit euch allen gemeinsam. Und ich freue mich auf einen einheitlichen Beschluss dann im Stadtsenat. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Ich muss mich zu Wort melden. Ich habe zu den Punks schon das letzte Mal im Gemeinderat gesagt, aber weil heute so viel von Sinn geredet wird und man muss den Kindern Sinn geben. Ich würde bitten, dass die Sportsprecher auch ein bisschen zuhören, ich bin dafür und wir stimmen jetzt zu, dass diese Maßnahmen um 136.000,- Euro kommen. Ich sage dazu dass die vier Sportvereine ATG, ATS, ATUS und VGT mit 5.000 Mitgliedern und 1.900 Kindern und Jugendlichen weniger als diese Summe zusammenbekommen, also ich würde nur bitten, wenn es um Sinn geht, jetzt sage ich nur und ich glaube auch, dass tatsächlich jeder Euro in Sinn stiftende in präventive Tätigkeiten mindestens das Zehnfache an Kosten im Nachhinein und ich glaube, das sind wir uns auch einig, Frau Stadträtin, mindestens das Gleiche an Arbeit, die man im Nachhinein leisten muss, leisten kann. Daher würde ich wirklich bitten, gut nachzudenken, wenn wir jetzt über Aufgabenkritik und Sparvorgaben sprechen, wir haben in einem ganz wesentlichen Bereich sehr, sehr wenig Mittel zur Verfügung und ich würde bitten, dass wir die, wenn wir daran denken, um was es geht oder wie so etwas enden kann, wenn man in diesen Bereichen gar nichts mehr tut, dass wir in diesen Bereichen auch zusammenstehen und dort auch gemeinsam auftreten und schauen, dass solche Maßnahmen auch möglich sind. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. **Kolar:** Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die nachfolgend angeführten Beschlussanträge der Gemeinderatssitzung vom 17. Juni sind nach dem Volksrechtesgesetz für dringlich zu erklären; und zwar aus der öffentlichen Tagesordnung die Tagesordnungspunkte 1) bis 9), 11) bis 16), 17) bis 20) sowie 23) bis 30), aus der öffentlichen Nachtragstagesordnung die Tagesordnungspunkte 2) und 3) sowie der Punkt 1) aus den dringlichen Anträgen der Gemeinderätin Rücker, Aufgabenkritik und Gendermainstreaming, der Kollegin Gemeinderätin Krampfl, Bau- und Vergabevorgaben, dann die Resolution betreffend die Zukunft der Daseinsvorsorge von Klubobmann Karl-Heinz Herper und von der Gemeinderätin Sickl die Lärmbelästigung im Universitätsbereich.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Bürgermeister Mag. Siegfried N a g l schließt sodann die Sitzung des Gemeinderates um 19.25 Uhr.

Die Vorsitzende:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb